

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) - Sie sagen "auch nicht in zwei Jahren". Aber es wäre doch Ihre Verpflichtung gewesen, uns in die Lage zu versetzen, nicht erst seit heute morgen 10.43 Uhr, das zu beurteilen.

Herr Kollege Farthmann hat gesagt - ich fand das außerordentlich sympathisch und ehrlich -: Wenn Sie mich fragen würden, müßte ich sagen, daß ich das nicht verstehen kann. Da müßten Sie schon einen Techniker fragen. - Nun sind wir ja keine Techniker. Aber kann es denn für ein Parlament ein Grund sein, daß der WDR das gestern beschlossen hat, so daß wir das hier im Parlament heute nachvollziehen müssen? Das kann doch kein Grund für uns sein.

(Zustimmung bei der F.D.P. - Kopfschütteln des Abg. Maedge (SPD))

Also, sage ich doch noch einmal - Herr Maedge, Sie schütteln mit dem Kopf -: Ich weiß doch überhaupt nicht - -

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

- Ja, Herr Aigner, Sie sind Techniker, wissen Sie das denn? Wissen Sie denn, ob die Liste, die uns heute

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

- (B) hier vorliegt, die offenbar gestern der WDR beschlossen und ich weiß nicht wem gegeben hat, eine Liste des WDR ist, die wir hier übernehmen, ob das möglicherweise eine Liste der Staatskanzlei oder des Ministerpräsidenten ist, die wir hier übernehmen,

(Hardt (CDU): Muß es ja sein!)

ob der Ministerpräsident oder die Staatskanzlei oder die Bundespost dem WDR etwas zugesagt hat, ob nicht möglicherweise der WDR selbst Ihnen etwas vorgelegt hat, was Sie selbst nicht überblicken können?

Also, ich kann nur feststellen, wenn es, wie Herr Kollege Farthmann gesagt hat - und ich teile diese Auffassung -, hier um die Verabschiedung eines Gesetzes geht, das wohl das wichtigste Gesetz in dieser Legislaturperiode ist, das das Grundgesetz für die Pressefreiheit für die nächsten Jahre, die nächsten Jahrzehnte sein soll, daß wir nicht mit der notwendigen Sorgfalt dieses Gesetz haben beraten können.

Herr Büssow, Sie hatten die Verpflichtung - und auch heute morgen noch -, uns in den Stand zu setzen, auch als Opposition dieses Gesetz sachverständig beurteilen zu können.

Diese Pflicht haben Sie insgesamt als SPD verletzt. Damit haben Sie dem wichtigsten Gesetz dieser Legislaturperiode keinen Gefallen getan.

(C)

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung. Vereinbarungsgemäß findet die Abstimmung nach 14.00 Uhr statt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt - Punkt 2:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987
(Haushaltsgesetz 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/1250

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/1470

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/1540

Finanzbericht Nordrhein-Westfalen 1987
Vorlage 10/565

Beschlußeempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksachen 10/1421 bis 10/1435

(D)

Beschlußeempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung
Drucksache 10/1578
dritte Lesung

in Verbindung damit

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1986 bis 1990

Unterrichtung durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 10/1251

Beschlußeempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/1579

und

(Vizepräsident Dr. Riemer)

(A) Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1987 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/1252

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/1540

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksache 10/1420

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung
Drucksache 10/1580
dritte Lesung

In die Beratung werden folgende Entschließungsanträge zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1987 einbezogen:

Drucksache 10/1557
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu GFG und Haushaltsgesetz;
Stichwort: Gewerbesteuer- und Gemeindefinanzreform

Drucksache 10/1594
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum GFG;
Stichwort: Gemeindefinanzierung

(B)

Drucksache 10/1604
Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. zu GFG und Grunderwerbsteuerverteilungsgesetz;
Stichwort: Gemeindefinanzierung

Zum Haushaltsgesetz 1987 liegen Ihnen folgende Entschließungsanträge vor:

Drucksache 10/1595
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum Einzelplan 03;
Stichwort: Polizei

Drucksache 10/1596
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum Einzelplan 04;
Stichwort: Rechtspflege und Strafvollzug

Drucksache 10/1597
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum Einzelplan 06;
Stichwort: Wissenschaft und Forschung

Drucksache 10/1598
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum Einzelplan 10;
Stichwort: Umweltpolitik

(C)

Drucksache 10/1599
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum Einzelplan 11;
Stichwort: Stadtentwicklung

Drucksache 10/1600
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum Einzelplan 11;
Stichwort: Verkehr

Ich eröffne die Beratung in dritter Lesung und erteile das Wort Herrn Abg. Prof. Dr. Biedenkopf von der Fraktion der CDU.

Dr. Biedenkopf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Theoretisch, Herr Ministerpräsident Rau, müßte dies für uns beide das letzte Mal sein, daß wir uns zu einem Landshaushalt äußern.

(Lachen der Frau Abg. Thoben (CDU))

Wir sind beide Vorsitzende unserer Landesverbände und kandidieren beide für den Deutschen Bundestag. Ich bin ganz sicher, daß im Unterschied zu dem Spitzenkandidaten der CDU Sie das Versprechen, das auf dem Wahlzettel steht, nicht einlösen werden.

(D)

(Lachen der Frau Abg. Thoben (CDU))

Denn Sie haben dieses Versprechen an Bedingungen geknüpft, die nicht eintreten können.

(Aigner (SPD): Das glauben Sie!)

Sie haben gesagt, daß Sie nur den Auftrag der Wähler, den Sie jetzt in Anspruch nehmen, annehmen werden, wenn Sie eine eigene Mehrheit bekommen. Hier war heute viel von Mehrheit die Rede. Diese eigene Mehrheit, Herr Rau, gibt es nicht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Maedge (SPD): Sie nehmen das Wählervotum voraus!)

Sie haben gesagt, daß Sie nicht bereit wären,

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

mit den Grünen zusammenzuarbeiten.

(Maedge (SPD): Hier sind doch gar keine Grünen!)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

(A) Ich glaube Ihnen das. Also gibt es in Bonn keine Mehrheit, von der Sie getragen werden könnten.

(Maedge (SPD): Sie nehmen das Wähler-votum voraus!)

Sie kandidieren für den Bundestag, aber in Wirklichkeit bleibt es beim Landtag in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD)

Ich schicke das deshalb voraus, weil ich davon ausgehe, daß Sie auch im kommenden Jahr die Verantwortung für diesen Haushalt tragen, und es geht ja um den Haushalt 1987.

Es wäre eine merkwürdige Diskussion, wenn ich jetzt als Sprecher meiner Fraktion in der dritten Lesung mit Ihnen streiten und gleichzeitig davon ausgehen müßte, daß Sie dafür gar keine Verantwortung tragen. Ich bin allerdings auch ganz froh, und zwar auch aufgrund der Erfahrungen heute, daß das so ist: daß Sie nicht nach Bonn gehen. Ich bin auch dankbar dafür.

Denn ich muß sagen, die Diskussion, die wir jetzt hinter uns haben - und ich kann nur Herrn Kollegen Klose zustimmen -, hat mich sehr bestürzt. Was Herr Büssow gesagt hat, was andere gesagt haben, was auch Sie gesagt haben, Herr Rau, erklärt nicht, warum dieses ungeheuer wichtige Gesetz - und es ist wirklich wichtig; da waren wir uns alle einig - bis zum 31. Dezember 1986 durch den Landtag gepeitscht werden mußte.

(B)

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es ist auch von Ihnen, Herr Kollege Farthmann, oder von irgend jemand anderem kein Grund dafür vorgetragen worden:

(Aigner (SPD): Die CDU hat es gefordert! - Elfring (CDU): Das stimmt nicht! - Maedge (SPD): Auf einmal stimmt das nicht mehr!)

- Augenblick! Herr Farthmann, Sie wissen ganz genau, daß es eine Verständigung zwischen den Fraktionen gegeben hat. Ich sage das auch sehr persönlich, weil Herr Rau und ich auf der 40-Jahr-Feier der "NRZ" über diese Frage gesprochen haben, und zwar nachdem Sie, Herr Farthmann, vorher mit mir darüber diskutiert hatten.

Es hatte eine Vereinbarung gegeben, daß, wenn es möglich sei, in gegenseitigen Gesprächen zu einer Übereinstimmung zu finden,

wir dann den Versuch machen wollten, ohne ausführliche Anhörungen im Hauptausschuß und ohne Hinzuziehung vielen Sachverständigen von außen die Sache über die Bühne zu bringen - und dann bis zum Jahresende. Die Conditio, die Voraussetzung, Herr Farthmann - das wissen Sie ganz genau -, für diesen Zeitpunkt war, daß es uns gelingen könnte, uns aufeinander zuzubewegen, ohne daß wir eine vertiefte, unter Hinzuziehung dritter Sachverständiger notwendige, langfristige Beratung brauchen.

(C)

Es ist überhaupt kein Zweifel - das hat die dritte Lesung heute morgen gezeigt - daß es eine Fülle von Fragen gibt, die eben nicht zu Ende diskutiert worden sind. Herr Farthmann, Sie haben immer gesagt, Sie hätten die Wünsche der Verleger erfüllt. Wir sitzen hier nicht als Vertreter der Verleger,

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Dr. Farthmann (SPD): Das habe ich nicht ein einziges Mal gesagt!)

sondern als Vertreter der nordrhein-westfälischen Bevölkerung.

Wenn ich die Briefe, die ich vom Journalistenverband oder von der Gewerkschaft oder von anderen bekomme, betrachte, dann sind die erfüllt von Empörung darüber, daß man die Beratung ohne jede Rücksicht auf andere Gruppierungen einfach zu Ende bringt. Es mag ja sein, daß es einige gegeben hat - oder auch viele -, die gesagt haben, damit könnten wir notfalls leben. Herr Farthmann, es kann doch nicht der Maßstab für die Gesetzgebung in diesem Hause werden, daß Interessengruppen - wo auch immer - sagen: Na ja, mit der Lösung können wir leben. Wir haben die Pflicht, die beste Lösung für das Land zu finden!

(D)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Dr. Farthmann (SPD): Das eine schließt doch das andere nicht aus!)

- Das ist vollkommen richtig. Das eine kann das andere einschließen, aber das größere Ziel ist das Beste für das Land, und davon war in Ihren Ausführungen nicht die Rede, sondern nur von Verlegern und WDR und irgendwelchen Sachverständigen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Es ist einfach nicht wahr, daß dieses Gesetz ordnungsgemäß beraten worden ist.

(Maedge (SPD): Reden wir jetzt über den Etat oder über den WDR?)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Ich bin als Abgeordneter dieses Hauses nicht in der Lage umzusetzen, was in dem Änderungsantrag steht, den ich heute morgen bekommen habe.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ich kann es nicht beurteilen. Ich bin als Abgeordneter dieses Hauses nicht in der Lage, auf der Grundlage eines Textes, in dem steht "In § 34 wird nach dem Wort 'bereithält' anstelle des Kommas das Wort 'oder' angefügt."

(Maedge (SPD): Worüber reden wir denn eigentlich?)

- Ich rede, verehrter Herr Kollege Maedge, über dieses Haus und seine Pflicht - -

(Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich komme gleich dazu. Wissen Sie, Sie haben die Mehrheit hier im Hause, aber Sie haben nicht das Recht. Es gibt nur einen, der mir das Rederecht in diesem Hause entziehen kann, und das ist der Präsident - aber nicht Sie!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abg. Maedge (SPD))

Wir sprechen im Zusammenhang mit der dritten Lesung des Haushalts - das war jedenfalls bisher immer so - auch über das Selbstverständnis von Politik

(B)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

und über die Art, wie wir in diesem Haus Politik machen. Wir sprechen darüber - auch im Zusammenhang mit dem Haushalt.

Die Sozialdemokraten sind sehr stolz auf ihre demokratische Tradition; die Sozialdemokraten betonen die Notwendigkeit der Beteiligung von Parlament und Bevölkerung bei allen wichtigen Entscheidungen. Da gibt es sehr eindrucksvolle Texte im Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes, im Irseer Entwurf vom Juni 1986. Herr Rau, das Gesetz hier - gemessen an dem, was in Ihrem Grundsatzprogramm-entwurf steht - sieht nicht gut aus. Das von Ihnen geübte Verfahren ist - gemessen an diesem Entwurf - völlig unzureichend. Es ist ein Lehrstück dafür, was passiert, wenn eine absolute Mehrheit zu dem Ergebnis gekommen ist: Man muß zwar noch zuhören, aber entscheiden tun wir alleine!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Beim Haushalt ist es ähnlich. Sie haben uns einen Haushalt vorgelegt, den wir in erster

und zweiter Lesung behandelt haben, mit globalen Minderausgaben, globalen Mehreinnahmen, geplanten Resteinsparungen und unzureichenden Ansätzen in Personalfragen, in Zinskosten und voraussichtlich auch in den Aufwendungen des Landes für Asylbewerber.

(C)

Wenn ich alle diese Posten zusammenrechne, dann enthält dieser Haushalt Risiken von etwa 1,3 Milliarden DM. Das mag nicht sehr viel erscheinen, aber wir alle wissen, daß das ungefähr der politische Spielraum ist, der in unserem Haushalt überhaupt steckt, denn der Haushalt - und dabei kann ich auf Finanzminister Dr. Posser verweisen - ist ein Haushalt, der erstarrt ist, in dem sich kaum noch etwas bewegt. Der Finanzminister macht uns immer wieder darauf aufmerksam, daß es keine Spielräume mehr gibt.

Es gibt keine Spielräume mehr in 60 Milliarden DM. Meine Damen und Herren, das ist kein Naturgesetz des Haushaltes, sondern das ist eine Folge von Politik.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich in 60 Milliarden DM keinen Spielraum mehr für Politik habe, dann habe ich keine Kraft mehr für politische Entscheidungen. Das ist es, worum es eigentlich geht. Dann ist die Fähigkeit verloren gegangen, am Gebäude des Haushaltes Änderungen vorzunehmen, Prioritäten neu zu setzen, Altes zurücktreten zu lassen, Neues aufzunehmen, wie es im Irseer Programm heißt, in dem steht, daß der Fortschritt darin besteht, daß Altes zurücktritt und Neues entsteht. In einem Haushalt ist immer genau soviel Bewegung, wie diejenigen, die ihn schreiben, politische Kraft zur Änderung der Dinge für die Zukunft haben. Nur darum geht es.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Diese Kraft fehlt. Das spürt man, Herr Rau, auch in Ihrem Wahlkampf. Sie können ja nun in diesem Hohen Hause nicht davon abstrahieren, daß Sie zur gleichen Zeit überall dafür werben, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden, und Sie können von niemandem erwarten, daß er das, was jetzt hier passiert, das, worüber wir reden, das, was wir diskutieren, von diesem Anspruch losgelöst sieht. Aber von den politischen Leistungen, die eigentlich hier erbracht werden müßten, ist in Ihrer Wahlkampfwerbung nichts zu sehen.

(Widerspruch bei der SPD)

Was zu sehen ist, ist eine Aufschrift, die ich für sehr gut halte: "Von deutschem Boden

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) muß Frieden ausgehen." Herr Rau, Sie können auf dieses Plakat das Bild jedes Bürgers in Nordrhein-Westfalen kleben.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir sind da alle einig. Daß Ihr Bild mit diesem Ausspruch verbunden ist, ist, politisch gesehen, reiner Zufall. Das ist für jeden von uns selbstverständlich.

Mich hat es allerdings deshalb merkwürdig berührt, Herr Rau, weil wir unsere erste politische Konfrontation über ein ähnliches Thema hatten. Damals - das hat uns ja einige Male nachher noch beschäftigt - war in die Landtagswahl plötzlich der Gedanke eingedrungen, es könnte hier um Krieg oder Frieden gehen. Ich fände es nicht gut, Herr Rau, wenn das wieder käme.

Ich finde es deshalb nicht gut, wenn da irgendwo steht: Statt Krieg der Sterne Frieden auf Erden! Wissen Sie irgend jemanden, der den Krieg will? Wissen Sie irgend jemanden in unserem Lande, der das will, oder wollen Sie wieder solche Andeutungen machen?

(Zustimmung bei der CDU)

Können wir uns diesmal nicht darauf verständigen - -

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Brummtön aus der Lautsprecheranlage - Westermann (SPD): Da streikt sogar das Mikrophon, bei solchem Quatsch!)

(B)

Können wir uns nicht diesmal darauf verständigen, daß wir das weglassen und von den Problemen unseres Landes sprechen?

(Dr. Farthmann (SPD): Wir dürfen doch wohl noch darüber sprechen!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Dr. Biedenkopf, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Dr. Biedenkopf (CDU): Ja, selbstverständlich.)

Dr. Rau (SPD): Herr Kollege Biedenkopf, wenn ich unterstelle, daß in der Tat alle den Frieden wollen und daß dieses Plakat, das Sie ansprechen, sich von dem unterscheidet, was wir einmal kontrovers diskutiert haben, sind Sie dann bereit, mir zuzugestehen, daß alle Parteien und alle Bürger auch frohe Zukunft wollen?

(Dr. Biedenkopf (CDU): Ja, sicher.)

- Steht das auf Ihren Plakaten?

Dr. Biedenkopf (CDU): Nein, aber da haben wir ein kleines Kind abgebildet und nicht Johannes Rau.

(C)

(Große Heiterkeit und lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Biedenkopf, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage zu?

(Dr. Biedenkopf (CDU): Bitte schön.)

Dr. Rau (SPD): Herr Kollege Biedenkopf, bei aller Anerkennung für den Gag:

(Dr. Biedenkopf (CDU): Das war kein Gag, das war die Wahrheit. - Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Drei zu null.)

Welchen sachlichen Vorbehalt haben Sie gegen die Kombination dieses Satzes: "Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen" mit dem Bild des Kanzlerkandidaten der SPD? Welchen sachlichen Vorbehalt haben Sie gegen diesen Zusammenhang?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Biedenkopf (CDU): Ich habe gar keinen sachlichen Vorbehalt gegen diesen Zusammenhang. Aber, Herr Rau, Sie haben doch mit Ihrer ersten Zwischenfrage Ihre zweite Zwischenfrage beantwortet.

(Erneut Beifall bei der CDU)

(D)

Sie haben mit der ersten Zwischenfrage gefragt, ob ich mir jemanden vorstellen könnte, der gegen eine frohe Zukunft sei, und da habe ich gesagt: nein, und die Frage schloß sich an meine Feststellung an, daß ich mir niemanden vorstellen könnte, der gegen den Satz sei: "Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen". Nur, Herr Rau, Sie sind doch nicht so blauäugig - -

(Dr. Rau (SPD): Dann sollten wir aufhören, gegenseitig unsere Plakate zu zensieren! - Widerspruch bei der CDU)

- Nein, Herr Rau, Entschuldigung; aber erstens einmal sind wir sonst in diesem Hohen Hause, wie wir heute morgen bei Herrn Büssow wieder erlebt haben, nicht so feinfühlig. Zum zweiten, Herr Rau, habe ich Ihr Plakat nicht kritisiert, sondern ich habe eine Frage gestellt und eine Bitte damit verbunden. Wir haben Erfahrungen mit der Besetzung des Themas Frieden.

(Hardt (CDU): Das ist der Punkt.)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Ich wollte Ihnen nur sagen: Bitte, vermeiden Sie diesmal den Eindruck, daß Sie mit Ihrem Namen einen Anspruch verbinden, mit dem Sie indirekt zum Ausdruck bringen - sonst hätte das in der Wahlkampfwerbung ja keinen Sinn -, daß das etwas ist, was spezifisch Johannes Rau sei und nicht sonst jemand.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Genau das, Herr Rau - wir wollen uns doch gegenseitig als Wahlkämpfer nichts vormachen - -

(Dr. Rau (SPD): Genau das gilt für alle.)

- Deshalb sage ich Ihnen ja: Wir können jedes Gesicht eines Bürgers des Landes Nordrhein-Westfalen auf dieses Plakat kleben, auch das Gesicht von Helmut Kohl.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.
- Widerspruch bei der SPD)

Meine Herren von der SPD-Fraktion, sehen Sie denn nicht, daß Sie durch die Art Ihrer Reaktion eben meinen Verdacht ausdrücklich bestätigt haben?

(Erneuter lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist so. Sie hätten bei der letzten Feststellung auch Zustimmung geben sollen, aber Sie haben das Gegenteil getan.

(B)

Herr Rau, Sie haben in Ahlen gesagt, Sie wollten Kanzler aller Deutschen sein. Das finde ich gut. Nur wünschte ich mir, daß dieser Grundsatz nicht nur als allgemeiner Grundsatz vorgetragen wird, sondern zum Beispiel auch für Ihre Tätigkeit in Nordrhein-Westfalen gilt. Solche Grundsätze bewähren sich nicht in Reden, sondern im Handeln. Wenn man Ministerpräsident aller Nordrhein-Westfalen ist, ist man zum Beispiel verpflichtet, für alle Nordrhein-Westfalen - unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit - Chancengleichheit zu sichern. Ihre Personalpolitik ist weit davon entfernt.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Herr Rau, wenn ich als Summe meiner sechsjährigen Erfahrung im Landtag - einige Zeit als Oppositionsführer und einige Zeit im Fraktionsvorstand - alles zusammenzähle, was mir von unterschiedlichsten Adressen, nicht nur von Christdemokraten, über die parteipolitische Bevorzugung von Sozialdemokraten in der Ministerialbürokratie und anderswo vorgetragen worden ist, kann ich Ihnen nur

sagen: Diese Chancengleichheit gibt es unter parteipolitischen Gesichtspunkten in diesem Land nicht. (C)

(Erneute Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Das geht bis unten hin. Herr Rau, wir haben gestern in Düsseldorf ein hervorragendes Beispiel dafür erlebt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In der Landeshauptstadt hat Ihre Partei, für die Sie Verantwortung tragen, zusammen mit den Grünen einen Mann zum Oberstadtdirektor gewählt, der schon für die jetzige Tätigkeit eine Ausnahmegenehmigung brauchte, weil ihm die berufliche Qualifikation dafür fehlte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe nichts gegen diesen Mann, aber ich bin der Meinung, wenn ein so eklatanter Unterschied in der beruflichen Qualifikation besteht und Sie behaupten, das hätte mit Parteizugehörigkeit nichts zu tun, dann ist das reiner Zynismus.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da kann man nur dem zitierten Minister aus Ihrem Kabinett recht geben, der sagte: Wenn wir nicht höllisch aufpassen, macht uns der Karl aus Düsseldorf eine große Sozialstation.

(Lachen bei der CDU)

(D)

Das ist genau das Problem, mit dem ich mich auch bei diesem Haushalt befassen will. Sie sind dabei - nicht Sie persönlich, aber Ihre Partei, die ohnehin in einer geradezu ein-drucksvollen Weise über Sie hinweggeht - ,

(Lachen bei der CDU)

sich einer Politik zu verschreiben, die Herr Roth - -

(Zuruf von der SPD: Aber Sie haben in Ihrer Fraktion eine Mehrheit!)

- Wissen Sie, wir streiten uns in der Fraktion. Aber wenn der Parteivorsitzende der SPD dem Kanzlerkandidaten der SPD bescheinigt, er wäre schon sehr erfolgreich, wenn er 43 % der Stimmen bekommt, ist das völlig einmalig. Das hat es bei uns noch nie gegeben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir sind durchaus in der Lage, auch einiges fertigzubringen, aber nicht so etwas, daß wir

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) in den letzten 50 Tagen vor der Bundestagswahl schon über den Nachfolger von Brandt, den Nachfolger von Rau und die Rolle von Lafontaine, über Rechts und Links diskutieren. Das finde ich fabelhaft.

(Westermann (SPD): Herr Worms!)

Ich möchte Ihnen nur sagen: Herr Roth hat recht.

(Westermann (SPD): Guckt mal in euren Haufen! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Darf ich davon ausgehen, daß Herr Rau nach wie vor die Politik dieser Partei bestimmt? Dann möchte ich gern weiter darüber sprechen.

Ich möchte fragen - damit komme ich wieder zum Haushalt -: Wie wollen Sie erreichen, daß die Erstarrung des Haushalts überwunden wird? Das ist die Grundsatzfrage. Wie wollen Sie in der mittelfristigen Finanzplanung ermöglichen, in den nächsten drei Jahren in Nordrhein-Westfalen die offensichtlich tiefgreifende Krise des Haushalts zu überwinden? In der mittelfristigen Finanzplanung wird für den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen eine weitere Erstarrung vorausgesagt. Die Spielräume für Politik werden immer kleiner. Die Zinslast wird immer größer, auch prozentual. Sie wächst, sie versperrt die Möglichkeit für politisches Handeln. Der Haushalt ist festgelegt, er ist erstarrt.

- (B) Ein Gemeinwesen, der Staat, dessen Handlungsspielräume sich nun einmal im Haushalt ausdrücken, muß aber den Herausforderungen begegnen können, die auf uns zukommen. Diese Herausforderungen sind gewaltig. Das wissen wir alle, das steht auch im Irseer Programm. In der Analyse der Herausforderungen gibt es keine großen Widersprüche.

Eine der großen Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland und für das Land Nordrhein-Westfalen sind die gewaltigen Veränderungen, die dadurch auftreten, daß sich die Altersstruktur unserer Bevölkerung tiefgreifend verändert. Nur wenige Menschen machen sich klar, daß die spätere Rente für die jetzt 25- bis 30jährigen von einer erwerbstätigen Bevölkerung erarbeitet werden muß, die relativ sehr viel kleiner ist als heute.

100 Erwerbsfähige tragen heute rund 35 ältere Menschen mit und gewähren ihnen Solidarität durch die Rentenversicherung und durch viele andere Leistungen der Pflege, der Fürsorge, der Zuwendung.

In dreißig Jahren werden 100 Menschen für 65 Ältere da sein müssen. Das bedeutet eine tiefgreifende Veränderung im Sozialsystem, im Krankenhauswesen. Wir können diesen Herausforderungen nur begegnen, Herr Rau, wenn wir uns verändern können. Mit einem erstarrten Haushalt ist das nicht zu leisten! (C)

Wir stehen vor tiefgreifenden Veränderungen in der Technik auch in den nächsten Jahren. Die Einstellung der Menschen zur Technik hat sich geändert, und alle großen Parteien spiegeln diese veränderte Einstellung wider.

Die Verantwortungsfähigkeit der Menschen ist gestiegen. Vor dreißig Jahren hätte sich kein Mensch vorstellen können, daß ein Arbeitnehmerhaushalt heute das leisten kann und sich das leisten kann, was er sich leisten kann. Aus dem von vor dreißig Jahren stammenden und verspotteten Grundsatz "Wohlstand für alle" ist zumindest als Ergebnis entstanden: Wohlstand für sehr viele.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Ich finde es sehr gut, Herr Rau, und ich komme darauf zurück, daß Sie selbst inzwischen erkannt haben, daß es keinen Sinn macht, den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland einzureden, sie lebten in Elend. Sie selbst und andere haben in der letzten Zeit gesagt, man solle das lassen. Es gehe der großen Mehrheit der Menschen gut, haben Sie gesagt; deshalb sei jetzt die Zeit für Gerechtigkeit. Ich stimme Ihnen uneingeschränkt zu. Wir streiten uns nicht über diese Frage, sondern wir streiten uns darüber, was Sie unter "Gerechtigkeit" verstehen. (D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In der Tat: Wir haben gesagt - und ich finde Ihre Bestätigung für unsere Arbeit sehr hilfreich -, daß es in den letzten Jahren gelungen ist, ein solides Fundament für die großen Reformvorhaben der Zukunft zu legen. Und welches Fundament könnte solider sein als die Tatsache, daß es einer großen Mehrheit gutgeht? Christa Thoben hatte recht, als sie in der Debatte über den Einzelplan 02 gesagt hat: Wir können doch gar nicht bestreiten, daß sich eine große Mehrheit der Menschen in die nächsten Tage begeben und sagen: Wir haben das gut gemacht.

Uns als Politikern ist aufgetragen, dafür zu sorgen, daß das auch so bleibt, daß die Voraussetzungen in der Zukunft so sind, daß viele auch in Zukunft stark sein können und damit in der Lage sind, Schwachen zu helfen.

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Aber die zentrale Frage ist doch, Herr Rau: Wo kommt diese Stärke her? Wer hat diese Stärke geschaffen? Wer hat dazu beigetragen, wer hat es geleistet, daß es einer großen Mehrheit gutgeht und sie die Kraft hat, für eine Minderheit in Solidarität und Mitmenschlichkeit einzustehen, weil sie stark ist? Woher kommt die Stärke? Sie kommt nicht vom Staat! Sie kommt nicht von den Ausgabenprogrammen, die Sie beschlossen haben. Sie kommt von der Kraft der Bürgerinnen und Bürger, die den Wohlstand erarbeiten, aus dem unter anderem der Staat seine Steuern bezieht, über die wir hier befinden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb sollten wir zunächst einmal klarstellen, wenn wir über den Haushalt in dritter Lesung sprechen: Es sind nicht wir hier in diesem Hohen Hause oder gar die Regierung, die Wohltaten verteilen. Sie können keinen Pfennig ausgeben, den die Menschen in diesem Lande nicht entweder erarbeitet haben oder den Sie als Kredit aufnehmen, um ihn den Menschen zuzuweisen, die ihn erst noch erarbeiten müssen. Das heißt: Wir sind nicht Wohltäter, sondern wir sind Dienende derjenigen, die diese Arbeit leisten. So sollten wir auch über die Ausgaben in diesem Haushalt sprechen und nicht hier oben stehen und sagen: W i r tun etwas für die Leute!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der SPD: Wer tut das denn?)

- (B) - Das tun Sie doch dauernd. Sie stehen doch immer hier und sagen: Sieh mal, was wir alles getan haben!

(Dr. Farthmann (SPD): Aber das ist doch alles unstrittig!)

Wenn es unstrittig ist, dann ist das eine sehr wichtige Aussage, Herr Farthmann; denn es hilft mir bei meinen weiteren Gedanken außerordentlich. Es hilft mir nämlich bei der Erläuterung des Unterschiedes, der zwischen Ihrer und unserer Politik besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik ist, daß Sie an dem Bestehenden festhalten - das zeigt der erstarrte Haushalt -, daß Sie eine Politik machen, die keine Spielräume mehr gewährt; denn so ist Ihr Haushalt!

Seit acht Jahren, Herr Rau, tragen Sie für diesen Haushalt die unmittelbare persönliche Verantwortung. In diesen acht Jahren sind die Schulden schnell gewachsen, die Zinsen schnell gewachsen und die Spielräume immer kleiner geworden. Sie können doch schlech-

terdings nicht behaupten, daß dies ausschließlich ein Vorgang sei, der außerhalb Ihrer politischen Beeinflußbarkeit liegt! Dann würden Sie nämlich im Ergebnis erklären, daß es einer aufwendigen Landesregierung und eines Landesparlaments überhaupt nicht bedürfe, weil dies alles Sachzwänge seien. (C)

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es sind die Folgen politischen Handelns. Wir haben in Nordrhein-Westfalen für den Rest dieser Legislaturperiode praktisch keinen politischen Handlungsspielraum mehr.

(Zustimmung bei der CDU)

Das steht in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung. Und das ist das eigentliche Übel, mit dem wir es hier zu tun haben. Denn diese Erstarrung, die sich im Zahlenwerk des Staates manifestiert, macht uns unfähig, auf die Veränderungen wirklich mit der Geschwindigkeit und mit dem Nachdruck zu reagieren, wie es nötig wäre, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern.

Ich möchte hier etwas Allgemeines sagen, auch im Blick auf die Zeit, die vor uns liegt - nicht auf den Wahlkampf, sondern die nächsten Jahre. Wir alle haben in den letzten dreißig Jahren als Erfahrung gelernt, daß unsere Volkswirtschaft ständig wächst, daß unser Einkommen ständig wächst, daß unsere Steuereinnahmen ständig wachsen. Als Folge dieser Erfahrungen haben wir uns daran gewöhnt zu glauben, daß man Veränderungen in unserer Gesellschaft nur aus dem jeweiligen Zuwachs bewirken könne und daß man das, was schon zugewiesen sei, nicht zurückrufen und für andere Aufgaben verwenden könne. (D)

Es wird die entscheidende Frage für unser Volk sein - hier in Nordrhein-Westfalen wie in der Bundesrepublik Deutschland -, ob es gelingt, diese Erfahrung durch die Einsicht abzulösen, daß wir auch handlungs- und damit politikfähig bleiben müssen - und zwar ausgedrückt insbesondere in den öffentlichen Haushalten -, wenn dieser dauernde Zuwachs nicht ausreicht, um die neuen Aufgaben zu bewältigen. Es ist im Haushalt 1987 nicht gelungen, dafür ausreichende Spielräume zu schaffen.

Die Voraussetzung für eine solche Politik - das ist die Politik, die wir verfolgen - ist, daß wir organisierte Besitzstände zurückzudrängen versuchen und daß wir durch Beschränkung der Ausgaben für alte Aufgaben Raum für neue Aufgaben zu schaffen versuchen. Genau dies ist in den letzten Jahren auf Bundesebene auch gelungen. Es ist

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) überhaupt keine Frage, daß durch die Vergrößerung der Handlungsspielräume im Bundeshaushalt Entscheidungen in Milliardenhöhe getroffen werden konnten, die neue Probleme gelöst haben oder zumindest damit angefangen haben.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben in der Bundespolitik einen Spielraum für den Haushalt wiedergewonnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist auch der Grund dafür, warum wir besser als die Sozialdemokraten in der Lage sind, die Herausforderungen zu bewältigen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte in der verbleibenden Zeit drei Herausforderungen behandeln, von denen ich der Meinung bin, daß gerade das Land Nordrhein-Westfalen durch sie in besonderer Weise betroffen sein wird. Die erste Herausforderung ist der Arbeitsmarkt.

Herr Rau, Sie haben verschiedentlich, zuletzt in einem Interview in der "Süddeutschen Zeitung" vom gestrigen Tage, erklärt, wie Sie das Problem lösen wollen. Sie haben gesagt, Sie wollten einen kräftigen Teil des Geldes für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit und einen kräftigen Teil des Geldes der Sozialhilfe in Höhe von rund 20 Milliarden DM pro Jahr plus einer Ergänzungsabgabe in Höhe von 5 % zusammenfassen, um ein neues Programm für Arbeitsmarktpolitik zu machen. Sie wollten damit Beschäftigung vor allem in strukturschwachen Gebieten schaffen, bei benachteiligten Personengruppen. Das sollte dann noch mit einem Sondervermögen "Arbeit und Umwelt", durch Investitionsanreize plus Arbeitszeitverkürzung verstärkt werden. Auf diese Weise versprechen Sie sich die Halbierung der Zahl der Arbeitslosen in der Wahlperiode.

Zu der Voraussicht "Halbierung der Zahl der Arbeitslosen in der Wahlperiode" hat Ihnen Herr Apel schon eine Antwort gegeben. Ich teile dessen Auffassung. Ich halte es für ausgeschlossen, auf diesem Weg zu diesem Ziel zu kommen.

Zunächst, Herr Rau, müssen Sie uns - ich hoffe, Sie sagen etwas dazu - erklären, wie Sie das Geld, das jetzt die Arbeitslosen bekommen, für Investitionen verwenden wollen, die ja frühestens in zwei, drei oder vier Jahren Arbeitsplätze schaffen, und was

in der Zwischenzeit mit den Arbeitslosen (C) geschehen soll.

(Beifall bei CDU und F.D.P.
- Dr. Linssen (CDU): So genau darf man da nicht fragen!)

Sie gehen ganz offenbar davon aus, Herr Rau - ich habe das wörtlich abgeschrieben -, daß die Mittel, die jetzt für die Arbeitslosigkeit verwendet werden, verwendet werden sollen, um Investitionen zu finanzieren. Anders könnte ich es nur verstehen, wenn Sie sagten, Sie wollten Arbeitsbeschaffungsprogramme machen, bei denen der einzelne nicht frei entscheiden kann, ob er mitmacht oder nicht. Denn anders geht es nicht; es gibt nur die beiden Wege, Herr Rau. Es gibt nur die Möglichkeit, Arbeitslosengeld zu bezahlen und andere Wege zu suchen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, aber ohne Inanspruchnahme dieser Mittel, oder den Weg, den Ulf Fink in Berlin zusammen mit Elmar Pieroth einmal zu gehen versucht hat und den die Sozialdemokraten vehement bekämpft haben, nämlich jemanden, der Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe bezieht, für bestimmte Tätigkeiten im öffentlichen Bereich in Anspruch zu nehmen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Ich glaube, Herr Apel versteht davon mehr als Sie.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Rau, Sie werfen der Bundesregierung vor, sie würde sagen, der Markt werde es richten. Das stimmt ja gar nicht. Die Regierung hat in den letzten vier Jahren eine ganze Reihe von gesetzlichen Initiativen ergriffen, um Veränderungen im Arbeitsmarkt herbeizuführen, zum Beispiel das so leidenschaftlich von Ihnen bekämpfte Beschäftigungsförderungsgesetz. (D)

(Dr. Farthmann (SPD): Das hat doch keinen Arbeitsplatz mehr geschaffen!
- Zuruf von der SPD: Beschäftigungshinderungsgesetz! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Dann müssen Sie sich einmal bei der IG Metall erkundigen. Die IG Metall hat nämlich durch eine Umfrage bei 5 000 Betriebsräten festgestellt, daß 60 % der befristeten Arbeitsverhältnisse inzwischen Dauerarbeitsverhältnisse sind. Das ist genau das, was wir erreichen wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Abg. Gorlas (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Sie sagen dann, Herr Rau - das ist entscheidend für die ganze politische Konzeption - -

Präsident Denzer: Herr Kollege Biedenkopf, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Dr. Biedenkopf (CDU): Nein, ich möchte gern meine Rede zu Ende führen!)

- Das ist Ihr Recht.

Dr. Biedenkopf (CDU): Vielen Dank! - Sie werfen der Bundesregierung ja gar nicht vor, daß es Arbeitslose gibt - wenigstens nicht in dem Interview; das hören wir nur draußen in den Veranstaltungen -, sondern Sie werfen ihr vor, daß sie meine, der Markt könne es richten. Dazu sagen Sie, das gehe nicht, deshalb müsse sich der Staat einmischen. Jetzt möchte ich einmal wissen, wie. Ich möchte einmal wissen, wo durch Einmischung des Staates Arbeit entsteht.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Rau, Arbeit entsteht immer in den Märkten. Wir haben hier festgestellt, daß der Staat Nordrhein-Westfalen mehr Menschen nicht mehr beschäftigen kann. Die Personalkosten sind viel zu hoch. Also können Sie doch nur irgendwo anders Menschen beschäftigen.

(Dr. Farthmann (SPD): Sie beantragen doch 1 500 neue Lehrerstellen!)

(B)

Bei dieser anderen Beschäftigung draußen geht es um Zehntausende von Arbeitsplätzen. Sie haben 116 000 Ersatzarbeitsplätze in Ihrem Programm vom 5. November in Aussicht gestellt, Herr Farthmann, um die Stahlstandorte entlasten zu können. Wo sollen denn die 116 000 Arbeitsplätze herkommen, außer durch unternehmerische Tätigkeit, die in Märkten stattfindet? Oder wollen Sie inzwischen alles staatlich organisieren?

(Beifall bei der CDU)

Befassen Sie sich doch einmal mit den wirklichen Problemen des Arbeitsmarktes, Herr Rau. Da gibt es das Problem der Arbeitsvermittlung. Wir alle wissen, daß die Arbeitsvermittlung wichtige Dienste leistet, aber es nicht mehr schafft.

Es gibt viel zu viele besondere Bedürfnisse im Bereich der Arbeitsvermittlung, als daß sie noch alle Arbeitslosen erreichen könnte. Es wäre schön, wenn wir in diesem Hause einmal darüber reden könnten, wie man das verbessern kann. Nur, wenn jemand von uns an-

fängt, darüber zu reden, dann schallt es aus der SPD-Ecke: "Sozialabbau" oder "Diskriminierung der Arbeitslosen" oder sonst irgendwelche Blockadeargumente, die Besitzstände schützen und Denken vermeiden sollen.

(C)

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU - Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Arbeitszeitverkürzung! Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung in vielen Bereichen auch in der Zukunft, aber doch nur mit Augenmaß.

(Zurufe von der SPD)

Ich bin froh, daß jetzt endlich auch in der IG Metall über die Flexibilisierung der Arbeitszeit diskutiert wird; das ist ein Fortschritt!

(Weitere Zurufe von der SPD)

Wir werden auf diesem Wege weitergehen, und da wird es Widerstände auf beiden Seiten geben; das ist nichts Ungewöhnliches.

(Erneut Zurufe von der SPD - Unruhe)

Wir brauchen als Gesetzgeber Initiativen, um die Lohnnebenkosten zu senken. Wo ist denn die Arbeitslosigkeit? Die Arbeitslosigkeit ist vor allem bei den nicht oder gering qualifizierten - dort jedenfalls in der größten Zahl. Die Beschäftigung dieser Menschen in legalen Arbeitsverhältnissen wird wegen der steigenden Lohnnebenkosten immer schwieriger. Also müßten wir uns doch eigentlich in unserem Lande mit der Frage befassen: Wie können wir diese Lohnnebenkosten-Steigerungen in den Griff bekommen? Wir müßten uns mit der Frage befassen:

(D)

(Zurufe von der SPD)

Wie ordnen wir das soziale System neu? Nur, Herr Rau, wenn wir auch bloß anfangen, diese Frage zu diskutieren, dann werfen Sie uns Sozialabbau und Sozialdemontage vor,

(Zustimmung bei der CDU)

und zwar ausschließlich deshalb, um diese Diskussion zu verhindern, weil Sie diese Diskussion nicht führen wollen.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Es gibt nämlich in Ihrer Partei gerade zu diesen Fragen überhaupt keinen Konsens; es gibt vielmehr höchst unterschiedliche Auffassungen dazu. Das respektiere ich. Aber was ich nicht akzeptieren kann, ist, daß Sie immer wieder mit den Argumenten "Sozialab-

(Dr. Biedenkopf (CDU))

(A) bau", "Umverteilung von unten nach oben", "Sozialdemontage" usw.

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

jede Befassung mit den Fragen verhindern, ohne deren Diskussion unsere Sozialsysteme in wenigen Jahren funktionsunfähig sind - wie Ihr Haushalt heute schon!

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Gegenrufe von der SPD)

Die Stahlarbeiter wollen jetzt im Ruhrgebiet, weil sie Sorge haben um ihre Arbeitsplätze, demonstrieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Wo sind denn die Ersatzarbeitsplätze, die Sie seit Jahren schaffen wollen,

(Aigner (SPD): Wer ist denn eigentlich Wirtschaftsminister in Bonn?)

für die Sie Geld bekommen haben? Wir haben festgestellt, daß in Ihrem Haushalt Gelder gar nicht abgerufen werden, die solchen Zwecken dienen, weil es keine Aktivitäten gibt!

(Zurufe von der SPD - Gegenruf der Abgeordneten Dr. Linssen und Hardt sowie weiterer Abgeordneter der CDU - Wendzinski (SPD): Nicht so laut da!)

(B) Meine Damen und Herren! Die Probleme sind nicht lösbar, wenn man immer nur am alten festhält, weil das die bewährten Machtstrukturen sind. Sie sind nur lösbar, wenn Sie den Mut haben, auch Veränderungen zu diskutieren;

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

nur dann kommen Sie aus der Erstarrung des Landeshaushalts wieder heraus! Sie haben sich selbst durch Ihre eigene demagogische Rederei vom "Sozialabbau" jede Bewegungsmöglichkeit im Haushalt überhaupt genommen. Sie sind gar nicht mehr in der Lage, etwas zu erneuern.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

Wir müssen über die neuen Bedingungen unserer Gesellschaft diskutieren. Unserer modernen Industriegesellschaft geht nicht die Arbeit aus, unserer modernen Industriegesellschaft gehen aber vielleicht jede Zukunftsaussicht und die Visionen aus, wenn die staatlichen Bereiche unter sozialdemokratischer Politik erstarren, unbeweglich

werden und damit als Quellen der Erneuerung unserer Gesellschaft ausfallen. (C)

(Beifall bei der CDU - Aigner (SPD): Eine reine Wahlkampfrede! - Zustimmung der Zurufe von der SPD - Dr. Linssen (CDU): Die Rede ist gut; sie zwingt zum Denken!)

Ich möchte, Herr Kollege, auch etwas über den Umweltschutz sagen.

(Erneuter Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

- Sie haben eben "Wahlkampfrede" gerufen! Was haben Sie eigentlich gegen die Information der Bürger über die Entscheidung, die sie am 25. Januar zu treffen haben?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe - Unruhe)

Ich habe eine ganze Menge Dinge vorgetragen, von denen ich glaube, daß es Ihnen sehr gut tun würde, wenn Sie sich damit beschäftigten,

(Beifall bei der CDU)

und von denen ich weiß - -

(Zuruf von der SPD: Oberlehrer!)

- Ach, dieser Begriff ist für Herrn Hans-Jochen Vogel reserviert - bei der SPD übrigens!

(Zurufe des Abg. Dr. Farthmann und weitere Abgeordneter der SPD) (D)

Ich habe viele Dinge vorgetragen, von denen ich weiß, daß Sie sich auch damit beschäftigen. Warum sagen Sie das nicht? Warum tragen Sie nichts vor? Warum hat Herr Heinemann in der ganzen Rede zu seinem Etat wesentliche Fragen der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht behandelt? Warum hat er sich damit nicht befaßt, wie sich die Arbeitslosenzahlen zusammensetzen?

(Zurufe von der CDU)

Warum hat er sich nicht damit befaßt, wie viele Menschen nur Teilzeitarbeit suchen, wie viele Menschen schwer vermittelbar sind, wie viele Menschen, wenn sie Arbeit finden, mit ihren Bezügen nur wenig über dem liegen, was sie an Transfereinkommen - also an Einkommen aus Sozialhilfe - erhalten, deshalb gar keine Motivation mehr verspüren und deshalb auch in ganz anderer Weise auf unsere Hilfe angewiesen sind, als sie durch Kartei- oder Computersysteme in der Arbeits-

(Dr. Biedenkopf (CDU))

(A) vermittlung geleistet werden kann?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der F.D.P.)

Wir müssen doch einmal Phantasie entwickeln, wenn wir den Menschen helfen wollen!

(Erneuter Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Anhaltende erregte Zurufe von der SPD: Arbeitslosigkeit! - Gegenrufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen das gleiche im sozialen System.

(Weiter anhaltende erregte Zurufe von der SPD)

- Ich betrachte die Erregung der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei als die Form der Zustimmung, zu der sie allein in der Lage sind.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Wenn ich über etwas reden würde, was nicht so bedeutsam wäre, würden Sie sich nicht so aufregen!

(Zurufe von der SPD: Oh! - Unverschämt ist das!)

Wenn Sie das Gefühl hätten, daß das nicht stimmt, was hier gesagt wird, würden Sie sich nicht so aufregen.

(B)

(Erneut anhaltende Zurufe von der SPD)

Herr Rau, Sie reden über die soziale Sicherheit. Einer der bedeutendsten sozialdemokratischen Sozialpolitiker, Glombig, der nicht wieder in den Bundestag zurückkehrt, hat in einer Rede 1981 - noch unter Führung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers - in Berlin zum 1. Mai gesagt, das Sozialsystem sei so komplex, daß es kein Mensch mehr durchschauen könne.

(Dem Redner wird bedeutet, seine Redezeit sei beendet.)

- Ich komme gleich zum Ende! - Das ist die allgemeine Auffassung. Also müssen wir uns doch darum bemühen, das zu ändern.

(Zuruf von der SPD: Gut, daß wir Biedenkopf haben!)

Wir müssen doch diese Komplexität abbauen, wir müssen das System vereinfachen, wir müssen es durchsichtiger machen, und wir

müssen die Fähigkeit der Menschen in unserem Lande in Anspruch nehmen, ein Stück soziale Mitverantwortung für sich und die Nächsten zu übernehmen, wenn dieses Sozialsystem nicht in wenigen Jahren zusammenbrechen soll, Herr Rau! Darüber müssen wir sprechen. - Aber hiervon ist bei Ihnen keine Rede.

(C)

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

- Sehen Sie, genau das ist Ihre Politik. Jede Fragestellung wird durch Totschlagargumente kaputtgemacht. Jede, sofort!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Herr Kollege, Sie liefern dankenswerterweise immer sofort den Beweis für die Richtigkeit meiner Vermutung. Sofort!

(Erneut Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

Lassen Sie mich ein letztes zum Umweltschutz sagen. Ich möchte wiederholen, was wir schon früher ausgeführt haben. Der Umweltschutz, die Verwirklichung einer umweltfreundlichen Industriegesellschaft, ist in meinen Augen eine ähnlich große Herausforderung an die Zukunft, wie es die Bewältigung der sozialen Frage im 19. Jahrhundert als Herausforderung an die Industriegesellschaft war.

Die entscheidende Frage auch hierbei ist: Wie beantworten wir diese Herausforderung? - 1948, Herr Rau, waren die Menschen in Not. Da gab es noch vor der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, aber auf ihrem Gebiet eine leidenschaftliche Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten über die Frage, wie man diese Not mit neuem Geld überwinden könnte. Die Sozialdemokraten waren der Meinung, es gehe nur mit planwirtschaftlichen Mitteln und staatlicher Lenkung der Wirtschaft. Die Christdemokraten waren der Meinung, es gehe nur durch die Freisetzung der Leistungskraft und Leistungsfähigkeit der Bürger in einer sozialen Marktwirtschaft. Heute gibt es niemanden mehr im Lande, der nicht bestreitet, daß die Entscheidung für die zweite Alternative richtig war, auch Sie nicht. Sie sagen es in Ihrem Irseer Programm sogar selbst.

(D)

Heute ist die Natur in Not, und heute geht es wieder um die Frage: Welcher Weg ist der richtige - Planwirtschaft, Intervention und eine Überziehung der Gesellschaft mit einer wachsenden Bürokratie oder eine sinnvolle Verbindung von staatlicher Ordnung und

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) privater Initiative zur Bewältigung dieser großen Aufgabe? Nur der zweite Weg ist richtig!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der SPD: Blah, blah, blah!)

- Wenn für Sie diese Frage "Blah, blah, blah!" ist, dann haben Sie sich selbst für die Politik disqualifiziert, Herr Kollege.

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Solange Sie, Herr Rau, und Ihre Partei nicht die politische Kraft haben, im Bestehenden Bewegung und Erneuerung zu leisten, solange Sie nicht in der Lage sind, einen Haushalt von 60 Milliarden DM wieder offen und beweglich, aufgeschlossen für neue Aufgaben zu gestalten - solange sind Sie außerstande, die Zukunft unseres Landes zu sichern.

(Erneut lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Der Haushalt, den Sie vorgelegt haben, ist ein Zeugnis der Fortschreibung vergangener Fehler. Er ist keine Öffnung der Politik unseres Landes für die Zukunft. Und deshalb lehnen wir ihn ab.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Dr. Farthmann (SPD): Seid Ihr aber anspruchslos geworden!)

(B)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle unterbreche ich die dritte Lesung des Haushalts und der damit verbundenen Gesetze und rufe erneut Punkt 1 auf:

Rundfunkgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
(LRG NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/1440

Beschlußempfehlung und Bericht des
Hauptausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 10/1577
dritte Lesung

Wir haben dazu noch die Abstimmung durchzuführen, die vereinbarungsgemäß bis 14.00 Uhr ausgesetzt war.

Wir haben zunächst über den Änderungsantrag der SPD Drucksache 10/1613 (Neudruck)

abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke schön! - Die Gegenprobe! - Danke schön! Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der SPD angenommen. (C)

Wir stimmen nunmehr über den Gesetzentwurf ab. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung gemäß Drucksachen 10/1577 und 10/1610 unter Einbeziehung des soeben angenommenen Änderungsantrags Drucksache 10/1613 (Neudruck) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist in dritter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. verabschiedet.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir setzen nunmehr die Beratung des Punktes 2 der Tagesordnung fort:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987
(Haushaltsgesetz 1987)

und

damit verbundenen Gesetze

Für die Fraktion der F.D.P. hat nunmehr Herr Abg. Dorn das Wort.

Dorn^{*} (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! (D)

(Unruhe)

Präsident Denzer: Darf ich Sie an dieser Stelle unterbrechen?

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Verständnis dafür, daß wir hier im Saal wenigstens Ruhe haben müssen. Falls Sie draußen noch Erörterungen zu pflegen haben, sollten Sie den Saal wenigstens ohne Geräusch verlassen.

Herr Abgeordneter, Sie haben weiter das Wort.

Dorn^{*} (F.D.P.): Ich habe bereits in der ersten Lesung dieses von der Landesregierung vorgelegten Haushalts gesagt: Der Haushaltsentwurf für 1987 beweist eindringlich die Unfähigkeit dieser Regierung,

(Dorn (F.D.P.))

- (A) eine in die Zukunft gerichtete Politik zu gestalten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Verlauf der Haushaltsberatungen in den Ausschüssen hat gezeigt, daß alle für unser Land notwendigen Änderungen, die wir in einer Vielzahl von Anträgen vorgeschlagen haben, an der geistigen und politischen Trägheit der SPD-Mehrheitsfraktion gescheitert sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir werden deshalb in dritter Lesung keine Anträge mehr stellen, weil die SPD vor dem 25. Januar 1987 landespolitisch handlungsunfähig ist und erst ab Februar 1987 hoffentlich dafür gewonnen werden kann, endlich Ansätze zu einer realistischen Politik für unser Land zu zeigen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir Freien Demokraten wollen uns auch heute nur mit dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen, der uns dann ja auch ab Februar 1987 endgültig für den Rest dieser Legislaturperiode in dieser Funktion zur Verfügung stehen muß,

(Frau Friebe (SPD): Das entscheiden die Wähler!)

- (B) weil, wie wir wissen, der Kandidatenstatus ja schon jetzt ad acta gelegt werden kann.

Im Land werden zur Zeit, Herr Ministerpräsident, neue Plakate der SPD aufgestellt. Im Gegensatz zu der Diskussion von vorhin möchte ich eines der neuen Plakate besonders loben. Sein Text lautet: SPD erneuern, um Zukunft zu gestalten. Ich halte das für eine ganz wichtige Aussage der SPD.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie muß auch in Nordrhein-Westfalen erneuert werden. Sie und die Landesregierung müssen endlich erkennen, daß Sie mit der bisher von ihr betriebenen Politik die Zukunft weder gestalten noch bewahren können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Mein leider so früh verstorbener Freund Karl-Hermann Flach schrieb einmal - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

(Aigner (SPD): Das war noch eine F.D.P.!)

- (C) - Nun, Herr Kollege Aigner, die F.D.P. steht zu Karl-Hermann Flach und seinen Konzeptionen und Äußerungen unverändert.

(Aigner (SPD): Man merkt nur nichts davon!)

Wenn ich Sie mit Ihrem Abmarsch nach links seit dem Auszug von Helmut Schmidt aus Ihrer Führungsposition werte, kann ich nur sagen: Mir graut vor mancher Entscheidung, nicht nur vor der, die Sie jetzt in Düsseldorf getroffen haben.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Karl-Hermann Flach schrieb:

Die Zukunft des westlichen Systems ruht auf seiner Reformkraft. Wenn es nicht gelingt, die Freiheit durch mehr Gleichheit und mehr Gerechtigkeit zu erhalten, wird die Freiheit eines Tages zugunsten der Utopie von der totalen Gleichheit verlorengehen. Insofern besteht ein tiefer Zusammenhang zwischen der Freiheitserhaltung in einer Gesellschaft und einer aktiven Reformpolitik.

Aber auch zu einer in unserem Land dringend notwendigen Reform der Politik brauchen wir eine handlungsfähige landespolitische Führung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

- (D) Dazu gehören der Wille und der Mut zur Entscheidung. Ohne wirkungsvolle Führung zerfällt eine freie Ordnung. Die Entschlossenheit lähmt und zerstört die Entwicklung unserer Gesellschaft.

Diese Worte sind in allem Ernst und in aller Dringlichkeit an die Landesregierung und die Führung der SPD-Mehrheitsfraktion gerichtet.

Herr Ministerpräsident, wir haben in der ersten und zweiten Lesung und in den Fachausschußberatungen alle politischen Bemerkungen und Sachaussagen vorgetragen. Wie Sie wissen, haben Ihre Genossen nur in einigen Punkten erkennen lassen, daß sie trotz Ablehnung unserer Anträge im nächsten Jahr einige unserer Ideen wohl aufgreifen wollen. Sie werden daher verstehen, daß ich mich in dieser abschließenden Haushaltsberatung auf wenige politische Bemerkungen beschränken werde.

Sie und Ihr Finanzminister Dr. Posser haben mehrmals massive Warnungen gegenüber der Politik ausgesprochen, die Ihre Partei und Ihre Fraktion hier betreiben. Doch wir fragen

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Sie: Wann haben Sie endlich den Mut, den warnenden Appellen Taten folgen zu lassen? Sie dürfen sich nicht länger mit Absichtserklärungen aus dem harten Tagesgeschäft der Landespolitik in den Elfenbeinturm geruhssamer Betrachtung zurückziehen. Die unverantwortliche Schuldenpolitik, die Sie mit der SPD betreiben, wird unser Land und seine Menschen unweigerlich in den Ruin führen und jede positive Zukunftsentwicklung für die nächste Generation verhindern, wenn Sie nicht spätestens im nächsten Jahr einen radikal anderen Kurs steuern. Horst-Werner Hartelt, ein politisch sicher Ihnen nahestehender Journalist, schreibt in der NRZ am 18. Dezember 1986 - ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten -:

Die Finanzlage Nordrhein-Westfalens nähert sich langsam, aber unaufhaltsam dem Fiasko. Die Folgen sind dramatisch. Der Kassensturz und eine einvernehmliche, weil nur so überhaupt noch wirksame Finanzpolitik sind überfällig.

Deshalb, Herr Ministerpräsident, wiederhole ich für uns Freie Demokraten, was unser Fraktionsvorsitzender Achim Rohde in der zweiten Lesung des Haushalts sagte: Wir bieten Ihnen bei diesem notwendigem Kraftakt der Umstrukturierung unsere Hilfe an. Ohne unsere Hilfe werden Sie's im nächsten Jahr sowieso nicht schaffen. Wir bieten Ihnen unsere Hilfe für die Erneuerung Nordrhein-Westfalens an. Aber wir erwarten von Ihnen und der SPD keine weiteren verbalen Erklärungen, sondern endlich die richtigen Entscheidungen und Taten für unser Land und seine Menschen.

(B)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir brauchen eine Offensive zur Entfaltung der schöpferischen und geistigen Kräfte, um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Die vielfältigen geistigen und kulturellen Dimensionen des Lebens müssen mindestens gleichrangig neben die materiellen treten. Nur so wird es uns gelingen, unserem Lande eine neu zu erarbeitende Chance zu geben. Wir Freien Demokraten werden dazu einen entscheidenden Beitrag leisten.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Trinius das Wort.

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem, was Herr Kollege Biedenkopf gesagt hat, möchte ich

eines entgegenhalten: Wir Sozialdemokraten bringen das Land Nordrhein-Westfalen nach vorn, und wir werden auch die Bundesrepublik wieder nach vorn bringen, (C)

(Lachen bei der CDU)

ihr verlorengegangenes Ansehen in der Welt wiederherstellen und versuchen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

(Beifall bei der SPD - Jacobs (CDU): In wieviel Generationen? - Aigner (SPD): Ja, das dauert lange, bis man das in Ordnung gebracht hat, was Herr Kohl angerichtet hat.)

Sie haben hier etwas zu Ihrem Plakat gesagt: Für eine frohe Zukunft. - Dann kann ich ja aus der Tatsache, daß Sie keinen CDU-Politiker benennen können, der öffentlich für dieses Versprechen stehen kann, nur schließen: Sie haben auch keinen. Sie können ja nicht Norbert Blüm für eine frohe Zukunft plakatieren!

(Zustimmung bei der SPD)

Sie können doch für die Bauern nicht Kiechle für eine frohe Zukunft in der Landwirtschaft plakatieren!

(Zuruf von der CDU)

Sie können doch auch nicht für die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen Bangemann plakatieren, der nichts getan hat in Brüssel! (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Wenn wir uns den Problemen einer modernen Industriegesellschaft stellen, die Probleme aufgrund der Altlasten hat - wir sind ja zugleich auch ein alter Industriestandort -, wenn wir uns diesen Problemen früh, rechtzeitig stellen, dann tun wir etwas für unser Land, für seine künftige Entwicklung, und wir tun auch etwas für alle anderen alten Industrieregionen in Europa oder sonstwo. Sie müssen Nordrhein-Westfalen, was Rhein und Ruhr betrifft, mit Kohle- und Stahlstandorten in Belgien, Luxemburg, Nordfrankreich, Großbritannien vergleichen. Wer sich diese Standorte, diese Regionen ansieht, der weiß: Das Ruhrgebiet hat einen erheblichen Vorsprung gewonnen, und zwar durch die Politik der Landesregierung, durch all die Maßnahmen, die wir getroffen haben.

(Zustimmung des Abg. Aigner (SPD))

Nebenher: Wir haben dabei in Nordrhein-Westfalen auf einer vor 60 Jahren begonnenen

(Trinius (SPD))

- (A) vorausschauenden Strukturpolitik aufbauen können. Man darf in Nordrhein-Westfalen nicht vergessen, daß in den 20er Jahren mit dem Gesetz über den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk eine Voraussetzung dafür geschaffen worden ist, daß sich das Ruhrgebiet in einer Weise entwickeln konnte, daß Städtebauer und -planer aus Europa nach Nordrhein-Westfalen, ins Ruhrgebiet gekommen sind, um sich anzusehen, wie es eigentlich möglich war, daß eine Industrieregion bei dichter Ballung sich gleichzeitig so als gutes Quartier für Wohnbevölkerung mit soviel Freizeitmöglichkeiten entwickeln konnte. Eine Voraussetzung - ich sagte es - ist damals, Anfang der 20er Jahre, mit dem Gesetz über den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk geschaffen worden. Darauf bauen wir heute noch auf.

(Mietz (CDU): Mehr habt ihr auch nicht gebracht!)

Zweitens: Wir haben im ganzen Land Nordrhein-Westfalen, aber speziell im Ruhrgebiet, Investitionen geleistet, die jetzt anfangen, sich für die gesamte Wirtschaftsstruktur auszuwirken. Das gilt für die Hochschulen, für die Fachhochschulen, das gilt für die Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr, das gilt für Städtebau und Denkmalschutz, das gilt für Landschafts- und Naturschutz, das gilt ebenso für den Emissionschutz - ich will das nicht im einzelnen aufzählen -, das gilt genauso für die Abwasserbeseitigung, und das gilt für die Erhaltung der kulturellen Vielfalt in Museen, Theatern, Orchestern und Opernhäusern.

(B)

Es ist nicht so, daß da etwa nur Köln, Aachen, Soest, Münster, Minden oder Paderborn attraktiv wären - da kann man auch eine Stadt wie Dortmund mit ihren 25 romanischen Dorfkirchen, verstreut über das ganze Stadtgebiet, erwähnen. Wir können da auf einem breiten Fundus aufbauen, wenn wir ihn denn gewissenhaft wahren, entwickeln und pflegen.

(Zustimmung des Abg. Grätz (SPD))

Dazu gehört auch die Wirtschaftsförderung. Aber da muß ich Sie, meine Damen und Herren von der CDU, daran erinnern: Welche Unterstützung haben denn die Landesregierung, der Wirtschafts- und der Finanzminister, der Wirtschaftsausschuß von Ihnen erfahren, als es darum ging, alte Industriestandorte in Nordrhein-Westfalen in die regionale Wirtschaftsförderung des Bundes hineinzubekommen,

(Mietz (CDU): Ihr habt doch zwölf Jahre Zeit gehabt, und jetzt soll alles in zwei Jahren geschehen!)

als es darum ging, die Arbeitslosigkeit als ein Kriterium für die Aufnahme in die gemeinsame regionale Wirtschaftsförderung anzuerkennen? Sie haben nichts erreicht; wir haben von Ihnen keine Unterstützung erfahren! Man kann das fortsetzen.

(C)

Gleichwohl ist es gelungen, Nordrhein-Westfalen und insbesondere das Ruhrgebiet zu einer Region zu entwickeln, die zunehmend bei der Wirtschaft, bei den Industrie- und Handelskammern Anerkennung findet. Mein Fraktionskollege Friedhelm Farthmann hat Sie vorgestern auf den Artikel in der Zeitschrift "Wirtschaftswoche" vom 5. Dezember d. J. hingewiesen. Ich erinnere Sie daran, daß vor etwa zwei Jahren die "Wirtschaftswoche" festgestellt hat, daß Nordrhein-Westfalen, das Ruhrgebiet, das hochschulreichste Land, die hochschulreichste Region in Europa ist.

(Mietz (CDU): Deswegen fangt ihr jetzt an abzubauen; die ersten 5 000 Stellen weg!)

Die Äußerungen lauten jetzt: Nach Jahren lähmender Strukturschwäche wandelt sich die Ruhrregion zu einem attraktiven Terrain für technologieorientierte Unternehmen. - Und an anderer Stelle heißt es von einem Firmengründer, er könne sich überhaupt gar keinen besseren Standort als Witten vorstellen: "Von meinem Schreibtisch aus brauche ich maximal eine Stunde mit dem Auto, um jeden dritten Bundesbürger persönlich anzusprechen."

Ähnlich äußert sich Guntram Beuter, ähnlich äußert sich Michael Hoffmann. Dann nehmen Sie, meine Damen und Herren von der F.D.P. - da Sie sich hier mit Zwischenrufen offensichtlich wohl fühlen -, zur Kenntnis, was Kienbaum sagt; der müßte Ihnen bekannt sein, das ist ja dann ein unverdächtigster Zeuge, wenn er Mitglied der F.D.P. ist. "Die Gründung kleiner Technologieunternehmen hat sprunghaft zugenommen", registriert Gerhard Kienbaum, Gründer der gleichnamigen Unternehmensberatung in Gummersbach.

(D)

Sie können so viele andere Äußerungen finden, darunter die von Hans Günter Borgmann, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Münster, der sagt: "Wir sind heute nicht mehr technologisches Hinterland, sondern vielmehr dabei, andere Bundesländer in vielen Bereichen zu überholen."

(Mietz (CDU): Das dauert aber noch ein bißchen.)

Dies alles ist gelungen, obwohl wir durch die Bundesregierung sträflich benachteiligt und

(Trinius (SPD))

- (A) zum Teil verfassungswidrig behandelt worden sind.

(Beifall bei der SPD - Mietz (CDU): Daß man sich so was überhaupt anhören muß!)

Ich erinnere daran: Nordrhein-Westfalen hat einen Anspruch auf einen Nachteilsausgleich in Höhe von 550 Millionen DM. Dieser Anspruch auf 550 Millionen DM ist vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe uns ausdrücklich bestätigt worden. Was tut der Bund? In verfassungswidriger Weise weigert er sich, dieses Geld auszuzahlen.

Wie sind wir als Land Nordrhein-Westfalen eigentlich verfahren, als wir einen Prozeß vor dem Verfassungsgericht in Münster verloren hatten? Da ging es darum, daß 529 Millionen DM an Gemeinden zu zahlen waren, die von der Aufstockung II nichts bekommen hatten. Wir haben aus der Landeskasse und nicht aus dem Steuerverbund, wir haben nicht zu Lasten der begünstigten Gemeinden, sondern ausschließlich zu Lasten der Landeskasse in drei Raten diesen Betrag vollständig bereitgestellt. Wenn wir so verfahren, was ja auch insoweit Ihre Zustimmung gefunden hat, warum setzen Sie sich nicht im Bund dafür ein, daß der Bund mit Bremen und Nordrhein-Westfalen genauso umgeht, wie Nordrhein-Westfalen es mit seinen Gemeinden getan hat?

(Beifall bei der SPD)

- (B) Aber was Sie sich leisten, ist ja noch viel schlimmer. Es ist überhaupt nicht zu bezweifeln, daß Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, genau die Kriterien erfüllt, die für andere Länder als ausreichend gelten, um sie in bestimmte sektorale Förderungen hineinzunehmen. Da gibt es das Werftenprogramm, das gerade verabschiedet worden ist. Da hat man als Kriterien zugrunde gelegt: Arbeitslosigkeit, alte Industriestruktur und unterdurchschnittliche Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

Alle diese drei Kriterien treffen zu für Oberhausen und Duisburg, sie treffen zu für Essen, für Bochum und für Dortmund; sie treffen für andere Standorte zu. Und es gelingt nicht, bei dieser Bundesregierung dies dann für Nordrhein-Westfalen durchzusetzen.

Wenn das die Kriterien sind - und es sind gute und richtige Kriterien -, dann muß man diese Kriterien gleichmäßig anwenden, gegenüber dem Saarland genauso wie gegenüber Nordrhein-Westfalen, gegenüber Bremen, Schleswig-Holstein, Hamburg und

Niedersachsen. Aber nur auf die zuletzt genannten vier Länder wendet die Bundesregierung die allgemeinen Kriterien an. Wir wären genauso berechtigt. (C)

Da rufe ich in Erinnerung, was der Vertreter der Bundesregierung in Karlsruhe vor Gericht erklärt hat. Er hat gesagt, bei den Bundesergänzungszuweisungen - das ist nun ein etwas anderer Komplex - sei der Bund frei zu handeln - bis an die Grenze willkürlicher Entscheidungen. Offenkundig willkürlicher Entscheidungen! Wenn Sie sich beim Bundesverfassungsgericht noch einmal eine Schlappe einhandeln wollen, dann müssen Sie so verfahren: Sie setzen das willkürliche Handeln fort, und das hat parteipolitische Hintergründe.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich sage Ihnen das in dieser Deutlichkeit. Aber Sie werden mit solchen verfassungswidrigen parteipolitischen Erwägungen Nordrhein-Westfalen nicht kleinkriegen, auch die SPD nicht, auch nicht diesen Landtag, auch nicht unseren Haushalt!

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen, daß die Anpassung der Kohle eine besondere Last sei. Das ist richtig; ich will das gleich anschließend aber auch noch anders darstellen. Das Saarland trägt für diese Last nichts, sondern erhält dafür zusätzliche Zuweisungen des Bundes, so daß tatsächlich die Belastung zwischen Saarland und Bund im Verhältnis 0 : 3 aufgeteilt ist. Für Nordrhein-Westfalen beharrt die Bundesregierung darauf, das Verteilungsverhältnis ein Drittel Land/zwei Drittel Bund bei der Kohleförderung/Kokskohlenbeihilfe beizubehalten. Warum eigentlich? Wo ist der objektive Maßstab dafür, daß in einem Fall ein Drittel dem Land aufgebürdet wird, das es tragen soll? Gut, wir haben es seinerzeit so vereinbart, das ist richtig. Aber warum wird das nicht unter veränderten, sich ändernden Bedingungen überprüft? (D)

Es kommt noch etwas weiteres Schlimmes hinzu: In Kreisen der Bundesregierung, bei Stoltenberg, wird davon geredet, die Kokskohlenbeihilfe des Bundes zu plafondieren. Das heißt auf deutsch, es wird eine Obergrenze festgelegt, und sollte der Dollarkurs erzwingen, daß die Kokskohlenbeihilfe noch stärker steigen muß, dann hat das Land Nordrhein-Westfalen gefälligst alles das zu tragen, was der Bund nicht mehr zu tragen bereit ist. Das ist ein schlechtes Verfahren. Da wird die vereinbarte Regelung von 1 : 3 schon angeknabbert und angekratzt.

(Trinius (SPD))

- (A) Auf den neuesten Schlich hat vorgestern Friedhelm Farthmann hingewiesen, daß nämlich nun nicht mehr so sehr von der Plafondierung gesprochen wird, sondern daß Grüner davon gesprochen habe oder vielmehr, daß es im Energiebericht der Bundesregierung so heiße, das Ruhrgebiet möge sich auf seine kostendeckenden und kostengünstigen Schachtanlagen konzentrieren. Gehen Sie damit bitte ins Ruhrgebiet und erklären Sie den Leuten, was da los ist!

Wenn es dann aufgrund einer solchen Haltung der Bundesregierung zu mehr Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen kommen sollte, dann erklärt die CDU: Daran ist Johannes Rau schuld, daran ist Jochimsen schuld. So einfach kann man sich das machen.

(Kniola (SPD): Sehr wahr!)

Kohle, das ist nicht nur Last, sondern das ist auch Aufgabe, und das ist auch große Chance.

Ich erinnere daran: Nur weil wir in Nordrhein-Westfalen Bergbau haben, haben wir auch einen sehr hohen Stand in der Fördertechnik, einen sehr hohen Standard in der Arbeitssicherheit unter Tage und über Tage. Nur deswegen! Daher sind wir auch auf diesen Feldern exportfähig. Es ist gar keine Frage, daß die Fördertechnik in Nordrhein-Westfalen und die Arbeitssicherheit unter Tage weltweit mit an der Spitze liegen und anerkannt werden. Sie brauchen sich ja bloß einmal die Schar der versammelten Länder anzusehen, wenn hier in Nordrhein-Westfalen der Deutsche Steinkohlentag stattfindet. Dabei fehlt weder Australien noch China, dort ist Japan vertreten und auch Kanada. Dort wird man aus Südamerika und aus Asien die einzelnen Staaten, die einzelnen Länder vertreten sehen. Aus gutem Grund!

(B)

Deswegen sage ich, wer hier etwas für die Kohle tut, der tut auch etwas für den exportfähigen Standard der deutschen Industrie und Ausrüstungsindustrie.

(Zustimmung bei der SPD)

Zweitens. Man muß natürlich vom Stahl reden. Auch das ist eine besondere Last, die wir zu tragen haben - auch Bremen, auch Niedersachsen im Raum Salzgitter und sicherlich auch das Saarland.

Aber man darf über den Stahl nicht reden, ohne gleichzeitig zu sagen: Dank der Stahlförderungsprogramme und -forschungsprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen hat auch die Stahlforschung in Nordrhein-Westfalen im

Weltrang eine Spitzenstellung. Darin liegt auch eine Chance, die gewahrt werden muß. (C)

Wenn Sie hier nun davon sprechen, an den Stahlstandorten seien erneut Arbeitsplätze gefährdet, dann ist das richtig. Aber dann sagen Sie doch bitte auch dazu, woran das liegt und wie Spethmann und die IG Metall das beurteilen! Spethmann von Thyssen hat erklärt, er müsse die Untätigkeit der Bundesregierung in Brüssel rügen.

(Maedge (SPD): Hört, hört! - Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Denn was sich dort gegenwärtig bei dieser Untätigkeit von Bangemann abspielt, heißt doch nichts anderes, als daß wir den besten Standard von Stahlerzeugung, Stahlforschung und Stahlientwicklung vor die Hunde gehen lassen, bloß weil Bangemann sich nicht rühren will.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Eben haben wir gehört, der Markt reguliere das schon alles von selbst. Der Markt reguliert dies ebensowenig wie er das Problem der Rheinkatastrophe - die Giftmüllskandale in der Schweiz, bei BASF, bei Hoechst und anderen - regulieren konnte.

(Kniola (SPD): Sehr wahr! - Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich ein paar Sätze zum Haushalt im einzelnen sagen. Wir haben so, wie wir es zugesagt haben, noch eine Änderung im Haushaltsgesetz vorgenommen. Dies bedeutet eine Ermächtigung für den Finanzminister, die Obergrenzenverordnung für den mittleren Dienst der Schutzpolizei mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses auszuschnöpfen und die Stellenpläne in unserem Haushalt entsprechend anzupassen. Das war eine Anregung, der der Haushalts- und Finanzausschuß einstimmig gefolgt ist. Ich will betonen, wir handeln nicht übereilt, wir handeln nicht voreilig, sondern wir haben hier verlässlich und genau zur richtigen Zeit gehandelt. Die Zusagen, die wir anderswo gegeben haben, halten wir auch ein. (D)

Noch ein paar Bemerkungen zum Verhalten der CDU bei den diesjährigen Haushaltsberatungen. Es hat so gut wie keine Anträge der CDU in den Fachausschüssen gegeben. Zwei bemerkenswerte Anträge hat es gegeben, die allein schon auf eine Steigerung um 100 Millionen im Landeshaushalt hinausliefen. Plus 100 Millionen DM!

Rechnet man hinzu, in wievielen Fällen die CDU Anträgen, die die SPD gestellt hat,

(Trinius (SPD))

- (A) beigetreten ist - bei der Deckung hat sie dann nicht mitgemacht -, wo wir Umschichtungen vornahmen, um bestimmte Akzente zu setzen, und rechnet man Ihre Entscheidung hinzu, die Sie beim Gemeindefinanzierungsgesetz treffen wollten, dann hätten Sie ein zusätzliches Loch von mindestens 600 Millionen DM aufgemacht.

(Hunger (SPD): Hört, hört!)

Nun müssen Sie sich einmal entscheiden, was Sie uns vorwerfen wollen: daß wir zu viel oder zu wenig Geld ausgeben.

(Zuruf von der SPD: Beides!)

- Beides uns vorzuwerfen geht nun wirklich nicht.

Wie haben Sie sich im übrigen verhalten? - Die F.D.P. hatte sich ja nun in der Tat sehr viele Gedanken gemacht, wo man überall kürzen könnte. Davon war schon auf den ersten Blick die erste Hälfte nicht realisierbar. Die CDU hat die Anträge der F.D.P. überhaupt nicht geprüft. Sie hat auch keine Entscheidung dazu getroffen, ob sie sie annehmen oder ablehnen sollte. Die CDU hat sich vielmehr der Stimme enthalten.

Da frage ich mich: Woher nimmt Herr Biedenkopf heute das Recht, zu sagen, hier sei alles so festgezurr, hier könne man nichts mehr bewegen? Wenn in diesem Haushalt die CDU diese Erfahrung an sich selber gemacht hat, dann liegt das daran, daß sie an diesem Haushalt überhaupt nicht gearbeitet hat.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Wer keine eigenen Anträge zu einem Haushalt stellt, von dem er gleichzeitig sagt, das sei das Schicksalsbuch der Nation,

(Hardt (CDU): Der Nation nicht, aber des Landes!)

der hat politisch abgedankt.

(Zuruf von der SPD: Jawohl! - Zustimmung bei der SPD)

Es wundert mich auch gar nicht, daß diejenigen, die politisch abgedankt haben, anschließend Etikettenklau begehen. Die nehmen sich das Signet "Das Ruhrgebiet - ein starkes Stück Deutschland" und kleben es auf ihre Plakate, auf ihre Flugblätter. Dort holen sie es sich her. Aber hier im Landtag erklären dieselben Leute, die Bürger im Ruhrgebiet seien borniert, engstirnig und klein-

bürgerlich. Ich glaube, der eine oder andere kann sich an diesen dollen Brief vom Kollegen Heimes noch erinnern. (C)

Und hier im selben Landtag von Nordrhein-Westfalen wird das Ruhrgebiet madig gemacht. Warum eigentlich? - Wir haben dort eine gute Chance.

(Hardt (CDU): Von wem? - Hegemann (CDU): Wo denn? - Weiterer Zuruf von der CDU: Unwahr!)

Ich halte fest: Keine eigenen Anträge, Zustimmung gelegentlich zu SPD-Anträgen

(Zurufe von der CDU)

- darauf hätten Sie selber auch kommen können, ob man so etwas nicht machen könnte, was wir beantragt hatten -, Enthaltung bei den Kürzungsanträgen der F.D.P.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Trinius, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hegemann?

(Trinius (SPD): Bitte!)

Hegemann*) (CDU): Herr Kollege Trinius, vor zwei Jahren hat die CDU hier bei den Haushaltsberatungen 108 Anträge gestellt.

(Zurufe von der SPD)

Würden Sie dem Hohen Hause wohl einmal mitteilen, über wieviel Sie mit sich haben reden lassen und wie vielen Änderungsanträgen Sie zugestimmt haben? (D)

(Zuruf von der CDU: Nicht einem! - Hardt (CDU): Arroganz der Macht!)

Trinius (SPD): Sehr verehrter Herr Kollege, Niederlagen und Erfolge gehören zum politischen Geschäft. Wenn man die Mehrheit hat, ist die Chance größer, Erfolg zustande zu bringen.

(Lachen bei der CDU - Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Ist man in der Minderheit, dann muß man eben so gut argumentieren, daß man die Mehrheit von der Qualität der eigenen Anträge überzeugen kann.

(Zurufe von der CDU - Voetmann (CDU): Sie behaupten das wider besseres Wissen! - Zustimmung bei Abgeordneten der SPD - Dorn (F.D.P.): Das ist reine Theorie!)

(Trinius (SPD))

- (A) - Das sind liberale parlamentarische Grundsätze, Herr Kollege Dorn.

Ich will aus dem Abstimmungsverhalten der CDU noch zwei Punkte herausgreifen. Bei dem, was ich eben angeführt habe, mußte man sich ja fragen, ob die CDU nicht politisch schon abgedankt hat.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Trinius, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Voetmann?

(Trinius (SPD): Ja.)

- Bitte schön!

Voetmann*) (CDU): Herr Kollege Trinius, als wir vor zwei Jahren 108 Anträge gestellt haben, haben Sie uns wegen der Flut der Anträge beschimpft. Heute, wo wir keinen Antrag gestellt haben, tun Sie das gleiche. Sie müssen sich also für eines von beiden entscheiden; beides zusammen geht nicht!

(Zurufe von der SPD)

Trinius (SPD): Herr Kollege Voetmann, Sie können versuchen, wieder mit solchen Anträgen zu kommen. Wie ich die F.D.P. erlebt habe, wird sie versuchen, im nächsten Haushalt wieder ihren Kurs zu probieren. Und so ohne Erfolg ist das doch alles auch gar nicht.

(Nagel (CDU): Was denn?)

- (B) Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuß erklärt, daß wir die Frage, ob wir die Landeshaushaltsordnung nicht ändern, anpassen oder korrigieren müßten, im nächsten halben Jahr sorgsam prüfen wollen.

(Voetmann (CDU): Jahr für Jahr das gleiche Spiel, Herr Trinius!)

Wenn gut argumentiert wird, ist das alles gar nicht so erfolglos. Unsere Argumentation zum Kronzeugen - davon war während der Haushaltsberatungen auch einmal die Rede - war doch so gut, daß endlich auch bei den Liberalen wieder die Warnleuchten aufgeblinkt haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Das kann man in der Minderheit, in der Opposition alles zuwege bringen. Man muß bloß gut reden, und man muß spüren, daß man damit das Interesse der Bürger vertritt.

(Zuruf von der SPD: Ehrlich muß man sein!)

Zwei Dinge möchte ich noch herausgreifen; vielleicht ist Ihnen das gar nicht so sehr aufgefallen. Da gibt es die Vorlage 10/665 an den Haushalts- und Finanzausschuß. Die F.D.P. beantragt darin eine Kürzung bei einer Position im Sozialhaushalt, die lautet: Aufklärung über Arbeitsmarktpolitik, Berufsbildung und Sozialpolitik. Wie mir scheint, eine dringende Aufgabe: Aufklärung über Arbeitsmarktpolitik, Berufsbildung und Sozialpolitik. Wir wollten nicht - wie Herr Biedenkopf vorhin behauptet hat - dirigieren und mehr Staat, sondern wir wollten aufklären, unterrichten.

Jetzt kommt folgendes, Herr Dreyer, nämlich ein Antrag der F.D.P. auf Kürzung. Diesen Antrag lehnt die SPD ab. Richtig!

Und was macht die CDU? Vier Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU und fünf Stimmen der CDU gegen diesen Antrag. Eine Partei in zwei Teilen? Zwei CDU-Parteien in Nordrhein-Westfalen? Es kommt noch schlimmer! Brauchen Sie hier einen Bindestrich, wenn Sie CDU schreiben wollen? CDU-CDA als kleines Anhängsel?

(Zustimmung bei der SPD - Hegemann (CDU): Fragt einmal Clement!)

Dann gibt es einen noch wesentlich interessanteren Punkt. Die Fraktion der F.D.P. beantragt, die Zuschüsse an Ausbildungsstätten zur Schaffung von Sozialräumen für weibliche Jugendliche zu streichen. Dabei geht es um Ausbildungsplätze, da geht es um das, was gestern, vorgestern an dieser Stelle von einer Kollegin der CDU reklamiert wurde.

(Hardt (CDU): Wir haben doch die dritte Lesung!)

Es sollte mehr für die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen getan werden. Dazu haben Sie einen Kongreß abgehalten. Der Ansatz von 1,5 Millionen DM sollte gesenkt werden auf Null. Natürlich sind die Sozialdemokraten dagegen. Und wie stimmt die CDU? Vier CDU-Leute enthalten sich der Stimme, und die anderen fünf wissen, was sie wollen. Eine Partei weiß zur einen Hälfte in einer so entscheidenden, für die Ausbildungsplätze, für die Gleichstellung der Frauen wichtigen Angelegenheit nicht, was sie will, zur anderen Hälfte weiß sie es schon, aber zur Sozialpolitik paßt es nicht!

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Trinius, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Arentz? - Bitte schön!

(C)

(D)

(A) Arentz^{*} (CDU): Herr Trinius, können Sie uns ~~dann~~ bitte einmal erklären,

(Maedje (SPD): Arentz, das kannst du nicht mehr reparieren!)

wie es kommt, daß die Sozialdemokraten im Ausschuß für Arbeit und Soziales einen Antrag der CDU, die Mittel für die Technologieberatungsstelle des DCB in Oberhausen von 1,5 Millionen DM auf 1 Million DM zu senken und die 1,5 Millionen DM zu sperren, abgelehnt haben, während die Sozialdemokraten im Haushalts- und Finanzausschuß diesen Antrag einstimmig angenommen haben?

(Maedje (SPD): Falsch!)

Trinius (SPD): Irrtum! Da sind Sie falsch unterrichtet! Wir haben den Ansatz unverändert gelassen, haben dann im Haushalts- und Finanzausschuß eine Sperre verhängt und anschließend festgestellt, daß es falsch gewesen war, die Mittel zu sperren. Daraufhin haben wir die Entscheidung korrigiert. Herr Kollege, solche redaktionellen Versehen gibt es schon einmal.

Aber Sie mußten doch wissen, worüber Sie abstimmen! Soll es eine Förderung von Sozialräumen für weibliche Auszubildende geben oder nicht? Die einen wußten an dieser Stelle nicht, ob sie es unterstützen sollten, während die anderen sagten, wir lehnen es zusammen mit der F.D.P. ab. Setzen Sie sich selber mit Ihrer eigenen CDA und mit Ihrem eigenen Kongreß für Frauenfragen auseinander!

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Biedenkopf hat sich dann hier etwas Breiter über Fragen der Arbeitslosigkeit ausgelassen. Ich will unser Konzept nicht im einzelnen darlegen; das können Sie alles nachlesen. Ich kann nur sagen: Was wir erklärt und beschlossen haben, hat er offensichtlich nicht gelesen, sonst wären die Aussagen gar nicht möglich gewesen.

Ich erinnere daran, was die CDU 1982/83 im Wahlkampf erklärt hat. Das waren alles leere Versprechen. Da war das leere Versprechen der Ausbildungsplatzgarantie: Ein Kanzler, der große Versprechungen macht und anschließend die Länder bittet, sie mögen doch bitte seine Versprechungen umsetzen, verwirklichen. Wir haben das gemacht. Dann soll man die Erfolge aber auch dem Land Nordrhein-Westfalen zugute halten und dem Bundeskanzler Helmut Kohl das leere Versprechen zurechnen.

Und nicht nur das! Sie haben versprochen, die Arbeitslosigkeit sollte um eine Million sinken.

(C)

(Dreyer (CDU): Farthmann hat das doch noch gelobt!)

Dazu brauche man nur die Regierung zu wechseln; schon werde sie gesenkt.

Um 700 000 ist die Arbeitslosigkeit zunächst einmal gestiegen, und dann haben Sie angefangen zu manipulieren. Jetzt zählen Sie viele Gruppen nicht mehr mit. Wer durch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme auf Zeit zur Beschäftigung kommt, der wird nicht mehr als arbeitslos gezählt. Wer sich in einer Umschulungsmaßnahme befindet, wird nicht mehr als arbeitslos gezählt.

(Zuruf von der CDU: Das war doch früher auch so.)

Wer als 58jähriger schon vorzeitig auf dem Wege in die Rente ist, den zählen Sie nicht mehr mit, und die Zahl der 58jährigen - das hat Ihnen Friedhelm Farthmann gestern vorgerechnet - beträgt ungefähr 38 000. Die anderen beiden Fälle - das rechnet uns der DGB auf - machen ungefähr 400 000 Personen aus.

(Dreyer (CDU): Die wurden nie mitgezählt.)

Sie wissen alle, daß man Werte nur vergleichen kann, wenn sie auch vergleichbar sind. Sie schaffen durch eine Manipulation der Statistik unvergleichbare Tatbestände und radieren auf dem Papier 430 000 Arbeitslose einfach weg. Da war der alte Churchill viel, viel ehrlicher. Der hat gesagt: "Ich glaube nur an eine Statistik, die ich selber gefälscht habe." Sie fälschen die Statistik und glauben auch noch an sie.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Trinius, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dreyer?

(Trinius (SPD): Ja.)

- Bitte schön!

Dreyer^{*} (CDU): Herr Kollege Trinius, habe ich richtig verstanden, daß Sie die Erhöhung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 300 % und die Erhöhung der Mittel für Maßnahmen der Fortbildung um 70 % kritisieren, nur weil dadurch die Arbeitsmarktstatistik besser wird? Die Zählweise war immer gleich!

(A) Trinius (SPD): Eben nicht! Die Zählweise war eben nicht immer gleich. Aber ich hoffe, Herr Kollege Dreyer, daß Sie vielleicht endlich einmal dazu kommen, darüber nachzudenken, worüber Sie eigentlich abgestimmt haben und wofür und wogegen Ihre Kollegen gestimmt haben. Bringen Sie das denen endlich einmal bei!

(Beifall bei der SPD)

Sonst muß ich die Behauptung aufrechterhalten, selbst in Nordrhein-Westfalen sei die CDU eine parteiinterne Koalition, die ihre Widersprüche nach außen nicht verdecken kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber, Herr Dreyer, wenn ich mit meiner Partei solche Erfahrungen machen müßte, wie sie Ihnen nicht erspart bleiben, dann habe ich Verständnis dafür, daß man resigniert. Dann habe ich Verständnis für Resignation, und dann habe ich auch Verständnis dafür, daß keine Anträge mehr gestellt werden.

Dann hat Herr Kollege Biedenkopf von den Lohnnebenkosten geredet und gesagt, die müsse man abbauen, und wir hätten dafür überhaupt kein Rezept. Das stimmt nicht. Wir haben in unseren Beschlüssen immer wieder darauf hingewiesen, daß beim gegenwärtigen System der Krankenversicherung und der Rentenversicherung die Betriebe bestraft werden, die eine hohe Lohnkostensumme haben, und diejenigen Betriebe ungeschoren davonkommen, die durch hohe Investitionen für Rationalisierung usw. mit wenig menschlicher Arbeitskraft und damit wenig Löhnen hohe Werte schaffen. Deswegen haben wir gesagt Dieses System muß durch eine Wertschöpfungsabgabe bei der Steuer und durch einen Wertschöpfungsbeitrag bei der Versicherung ergänzt werden.

(B)

Das ist genau die richtige Linie, und da kann ich nur sagen, Herr Dreyer: Empfehlen Sie bitte Ihrem Kollegen Biedenkopf, er möge, wenn er uns schon kritisiert - und ich höre mir das immer sehr gern an -, vorher lesen, was er kritisiert und was er zu bemängeln hat. Es steht drin.

(Arentz (CDU): Wo?)

- In unseren Papieren, die wir in Nürnberg und an anderen Stellen beschlossen haben.

(Weiterer Zuruf von der CDU)

- Ja, eben; dann sind Sie vielleicht nur bis zur ersten Seite gekommen.

(Zahlreiche Zurufe von der CDU)

- Ich komme gleich noch darauf. - Es ist die Rede davon gewesen, daß durch das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz viele Personen auf befristeten Arbeitsstellen neu in Arbeit gekommen seien. Nur, Herr Kollege Dreyer, dann nehmen Sie zur Kenntnis: Von denen, die da eine Beschäftigung auf Zeit gefunden haben, waren nach ein bis eineinhalb Jahren 40 % wieder ohne Arbeit.

(C)

(Zuruf von der CDU: Warum?)

In Wirklichkeit - nehmen Sie diese Zahl des DGB noch zur Kenntnis - muß der DGB feststellen, daß heute von 22 Millionen Beschäftigten 2 Millionen ein Arbeitsverhältnis minderen Rechtes haben, schlechteren Arbeitsschutzrechtes, schlechteren Kündigungsschutzrechtes, schlechteren Jugendschutzrechtes.

(Zuruf von der CDU: Besser als nichts!)

Sie provozieren geradezu die Aushöhlung des einstmals hochentwickelten deutschen Arbeitsrechtes.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Trinius, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage?

(Zustimmung des Abg. Trinius (SPD))

Dreyer^{*)} (CDU): Herr Kollege Trinius, ist Ihnen denn bekannt, daß der Prozeßvertreter der Landesregierung vor dem Arbeitsgericht, als es um befristete Arbeitsverhältnisse mit Lehrern ging, vorgetragen hat, daß es ja gerade der Sinn dieses Beschäftigungsförderungsgesetzes sei, Beschäftigung zu ermöglichen, auch befristete, daß sich also die Vertreter dieser Landesregierung vor Gericht die Argumente des Gesetzes zueigen machen, während Sie hier dagegen polemisieren?

(D)

Trinius (SPD): Herr Kollege Dreyer, ich habe ja schon viel erlebt. Auch mit Juristen habe ich manchmal Umgang und schätze sie alle sehr. Sie beherrschen aber alle eine Kunst, die hilfswise Argumentation. Wenn sie auf dem einen Weg nicht vorankommen, versuchen sie es auf einem anderen Trampelpfad.

(Ruppert (F.D.P.): Genauso wie Sie!)

Wir legen, weil wir die Gefahr gesehen haben, größten Wert darauf, daß das, was wir hier vor drei Jahren einmal gemacht haben - nebenbei, Herr Dreyer, einstimmig mit der CDU; das Protokoll habe ich noch -, wieder repariert wird. Was als vorübergehende Hilfe

(Trinius (SPD))

- (A) für beschäftigungslose Lehrer in Form von befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Zweidrittelverträgen - das gehörte ja eng zusammen - gedacht war, stellte sich nach und nach als substantielle Gefährdung des deutschen Arbeitsrechtes heraus, und deshalb ziehen wir das zurück.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich, warum Sie das mit dem Blümschen Gesetz nicht auch machen.

(Zuruf des Abg. Arentz (CDU))

- Melcen Sie sich doch, wenn Sie eine Frage stellen wollen! Wir machen hier keine Tischgespräche, Herr Kollege.

Als hier ein Kollege aus meiner Fraktion in die Rede von Herrn Biedenkopf einwarf, Karenztage - die Jüngeren wissen schon nicht mehr, was das ist - seien die Entwürdigung des Lohnarbeiters - -

(Dreyer (CDU): Das haben wir gemeinsam in der großen Koalition abgeschafft.)

- Moment, das heißt auf gut Deutsch: Einem Beamten kann man trauen. Wenn der drei Tage fehlt und sagt, er hätte einen Schnupfen, dann hat er auch einen. Wenn ein Arbeiter angibt, er hatte drei Tage Fieber und Grippe, kann man ihm das nicht glauben, sondern das kann man ihm erst glauben, wenn er drei Tage gefehlt hat. Dann spürt er es in der Lohntüte, und dann muß er zum Vertrauensarzt; sonst wird es ihm abgezogen.

(B)

(Dreyer (CDU): Wer hat denn die Karenztage abgeschafft?)

Sehen Sie sich einmal an, was in dem Lambsdorff-Papier steht! Da sind die Karenztage angekündigt;

(Dreyer (CDU): Das ist doch Quatsch!)

nur der Ausdruck ist nicht gewählt, aber der Sache nach sind sie gemeint! Dies ist kein "Totschlagargument", sondern das geht an die Ehre der deutschen Arbeiter. Dafür haben sie gestreikt.

(Beifall bei der SPD)

Zuerst haben wir einvernehmlich befristete Arbeitsverträge beschlossen. Dann haben wir die Kritik unterschiedlich aufgenommen und eingearbeitet. Es gibt keinen Antrag von Ihnen, von der befristeten zur unbefristeten Einstellung überzugehen. Sie resignieren auf

der ganzen Linie. Als wir diesen Antrag zum Haushaltsgesetz einbrachten, blieb Ihnen und der F.D.P. nichts anderes übrig, als auf den abfahrenden Zug zu springen. Ich will Ihnen dazusagen: Sie sind aber mit dem Bein zwischen Trittbrett und Bahnsteigkante geraten.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben darüber nachgedacht, ob das noch vertretbar sei, und sind zu dem Ergebnis gekommen: Es ist nicht vertretbar; wir wollen ordentliche, unbefristete Arbeitsverhältnisse haben. Herr Kollege Dreyer, ich muß Ihnen sagen: Wenn Sie das im Staatsdienst in Nordrhein-Westfalen für richtig halten, müssen Sie in Bonn darauf drängen, daß das Gesetz vom 1. Mai 1984, das Blüm gemacht hat, so schnell wie möglich wieder außer Kraft gesetzt wird!

(Beifall bei der SPD - Dreyer (CDU): Das war eine Übergangsregelung!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Trinius, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

(Trinius (SPD): Ja.)

- Herr Reul, bitte!

Reul^{*} (CDU): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß die Landesregierung im Zusammenhang mit den Prozessen über die befristeten Verträge, die im Land Nordrhein-Westfalen mit Lehrern abgeschlossen worden sind - -

(D)

(Trinius (SPD): Das ist schon gefragt worden. Wir sind ein Stück weiter, Herr Kollege.)

- Lassen Sie mich doch zu Ende reden!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Reul, Sie sind noch in der Fragestellung. Führen Sie sie bitte zu Ende!

Reul^{*} (CDU): Auf die letzte Frage haben Sie eben eine Antwort gegeben, aber Sie haben uns vorgeworfen, daß wir sowohl den befristeten Verträgen wie auch der Umwandlung in unbefristete Verträge einfach zugestimmt hätten, ohne eigene Vorschläge zu machen. Deswegen muß ich das etwas einleiten.

Die Fragestellung lautet: Sind Sie nicht mit mir der Auffassung, daß die CDU-Landtagsfraktion diese befristeten Verträge hier permanent angemahnt hat und daß wir unsere Erwartung ausgedrückt haben, daß Sie die Umwandlung in unbefristete Verträge nach den Prozeßergebnissen sowieso vollziehen

(Reul (CDU))

- (A) müssen, unabhängig davon, ob Sie hier einen Beschluß fassen oder nicht, weil die Gerichte Ihnen das abverlangen?

Trinius (SPD): Herr Kollege, Sie mahnen hier alles an. Sie mahnen Krankenhausbauten an, Sie mahnen mehr für die Sozialstationen an. Es gibt nichts, was Sie nicht anmahnen. Sie mahnen Organisationsüberprüfungen an, eine unangemessene Ausstattung der Polizei, eine unangemessene Ausstattung der Schulen und der Hochschulen. So geht das quer Beet. Das reicht nicht! Solche Fragen kann Ihnen ein Wähler stellen, aber Sie müssen mehr bieten. Sie müssen sagen, wann Sie was tun wollen! Wenn Sie es genau haben wollen: Ich nenne das Roßtäuscherei und Drückebergerei.

(Beifall bei der SPD)

Damit der Zusammenhang mit Norbert Blüm nicht verloren geht: Herr Kollege, wenn Sie befristete Verträge in Nordrhein-Westfalen bei Lehrern für sozial unvertretbar halten, dann müssen sie als sozial unvertretbar für jedermann gelten.

(Beifall bei der SPD)

Dann können Sie nicht wieder einen Unterschied machen zwischen denen, die eine Chance haben, Beamte zu werden, und denen, die in der Lohnarbeit bleiben. Wenn Sie dieses Gesetz nicht gemeinsam mit uns aus der Welt räumen - da haben Sie uns an Ihrer Seite -, dann können Sie sich nicht mehr auf Karl Arnold berufen! Dann stimmt die Rede nicht mehr, daß Sie noch Teil des sozialen Gewissens seien. Dann sind Sie selbst zwei Parteien, sowohl horizontal - in Bonn ganz anders als hier - als auch vertikal. Dann können Sie sich aussuchen, in welches Quartier Sie sich begeben!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Trinius, ich darf noch einmal fragen, ob Sie eine Zwischenfrage erlauben.

(Trinius (SPD): Bitte!)

- Bitte schön!

Arentz*) (CDU): Herr Kollege Trinius, ist Ihnen tatsächlich unbekannt geblieben - das hielte ich schon für bemerkenswert, weil wir seit drei Jahren hierüber diskutieren -, daß die befristeten Verträge, die die Landesregierung den Lehrern gegeben hat, Verträge mit einer Ausschlußklausel für die Weiterbeschäftigung waren, während unser Beschäftigungsförderungsgesetz mit Erfolg auf die

Übernahme in eine dauerhafte Beschäftigung abzielt? (C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Trinius (SPD): Hätten Sie ein bißchen zugehört, dann hätten Sie gewußt, daß 40 % schon wieder auf der Straße stehen. Das ist die Argumentation. Orientieren Sie sich einmal an der Wirklichkeit, dann kommen Sie ein Stück weiter!

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Biedenkopf hat seine Rede mit dem Hinweis auf Plakate begonnen. Lassen Sie mich hier ganz allgemein sagen: Für eine frohe Zukunft, für Frieden, für gesunde Umwelt, für soziale Gerechtigkeit, für Arbeit für alle zu streiten, das ist ganz wichtig. Es ist schön, wenn man sagen kann, für Frieden und für eine frohe Zukunft stehen alle. Aber der Bürger entscheidet, wem er mehr zutraut.

(Rüsenberg (CDU): 36 %!)

Er entscheidet, wem er glaubt, daß er es besser macht, wem er glaubt, daß er es gut macht. Wenn es heißt "Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen", dann blicken Sie doch ein bißchen zurück, meine Damen und Herren von der CDU! Können wir uns vielleicht auf ein paar Grundsätze verständigen?

Frieden und Verständigung werden nur möglich sein, wenn wir bereit sind, die Interessen anderer Nationen zu erkennen, zu respektieren und anzuerkennen. Nur dann ist ein Ausgleich oder wenigstens eine Annäherung zwischen unterschiedlichen Interessen möglich. (D)

Zum zweiten: Können wir uns darauf verständigen, daß dazugehört, daß wir in allen unseren öffentlichen Äußerungen das geschichtliche Bewußtsein anderer Nationen respektieren? Daran hat es an mancher Stelle bei den Äußerungen von Helmut Kohl sowohl in Israel wie in Deutschland - in Bitburg - wie auch zuletzt in einem Pressegespräch mit "Newsweek" wirklich gefehlt!

(Zustimmung bei der SPD)

Vielleicht können wir uns auch darauf verständigen, daß zur Stiftung von Frieden und Verständigung gehört, daß wir bereit sind, unsere eigene Geschichte unverstellt, nüchtern, kritisch zu sehen und auch dann zu sagen: "Dies ist meine Geschichte, die Geschichte meiner Nation", wenn es an die eigene Identität rührt, daß man zweifeln mag,

(Trinius (SPD))

- (A) ob dies denn wirklich die eigene Geschichte gewesen sein darf, aber daß wir zur Kenntnis nehmen: Sie war es!

Die Berührung und Verletzung der eigenen Identität darf dabei nicht ausgeschlossen werden. Und Sie wollen, fürchte ich, historisch-politische Erinnerung, wenn ich mir das anschau, was Ihnen zum Deutschen Museum oder Museum der deutschen Geschichte einfällt - -

(Paus (CDU): Wo steht das denn im Haushalt?)

- Fragen Sie doch einmal Herrn Biedenkopf, zu was der alles reden darf! Das Plakat von ihm steht doch auch nicht im Haushalt! Wir würden so etwas auch nicht subventionieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Dazu gehört, daß wir uns unserer eigenen Vergangenheit unverfälscht stellen. Ich weiß, daß Herr Kollege Biedenkopf das tut. Ich habe die Rede in guter Erinnerung, die er zum Tag der Versöhnung, der christlich-jüdischen Verständigung bei uns in Minden gehalten hat - eine gute, nachlesenswerte Rede. Aber das muß auch für die politischen Vertreter der Bundesrepublik draußen, das muß auch für den Kanzler in Bonn gelten.

- (B) Ferner glaube ich, gehört wohl dazu: Wir müssen die Folgen unseres eigenen Handelns, Redens, Planens vorweg hinreichend bedenken und dürfen nicht dem Traum nachhängen, es gebe so etwas wie eine militärische Unverletzbarkeit. Denn das ist der Sinn von SDI. Die hängen dem Traum der eigenen militärischen Unverletzbarkeit nach. Der Traum ist so falsch wie das, was sich die Mutter von Achilles gedacht hat. Wer glaubt, sich unverletzbar machen zu können, der verstößt gegen seine eigenen Möglichkeiten. Er behält die Achillesferse. Das ist das eine. Und das zweite: Wer dieses Ziel anstrebt, der gefährdet doch die Sicherheit des anderen! Liegt denn nicht in der Erkenntnis der gegenseitigen Verletzbarkeit die Chance, Frieden und Verständigung zu stiften, weil man Frieden und Verständigung stiften muß?

(Wagner (CDU): Hier ist der Landtag!)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir Sozialdemokraten bringen Nordrhein-Westfalen nach vorn. Wir werden auch die Bundesrepublik nach vorn bringen, ihr Ansehen in der Welt wiederherstellen

(Lachen bei der CDU)

- (C) und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen versuchen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Finanzminister Dr. Posser das Wort.

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir verabschieden gleich einen Landeshaushalt mit einem Volumen von 60 Milliarden DM für das nächste Jahr. Wir haben aus den einzelnen Fraktionen gehört, wie zu diesem Haushalt Stellung bezogen worden ist. Ich möchte auf einige Ausführungen eingehen.

Die Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herr Schauerte, Herr Worms, Herr Biedenkopf, haben

(Zuruf des Abg. Wagner (CDU))

- das bestreitet ja niemand, daß sie Sprecher der Fraktionen sind, Herr Wagner, nicht wahr? - eine Zustandsbeschreibung gegeben, haben auf die Schwierigkeiten, auf die Enge des Landeshaushalts hingewiesen. Ich habe aber von keinem der Sprecher der CDU-Fraktion auch nur den Anklang einer Analyse der Gründe gehört, warum Nordrhein-Westfalen in einer unbestritten schwierigen finanziellen Situation ist.

(Dr. Linssen (CDU): Das ist aber klar-gemacht worden!)

(D) Ich habe insbesondere nicht gehört, was man denn nun tun sollte, um aus dieser unbestritten schwierigen finanziellen Lage herauszukommen.

(Wagner (CDU): Die Regierung wechseln!)

Ich stelle Ihrer These von der Erstarrung des Haushalts die These entgegen - und ich werde sie belegen -, daß der Landeshaushalt 1987 ein Beweis für die Handlungsfähigkeit der Regierung in einer sehr schwierigen finanziellen Situation des Landes Nordrhein-Westfalen ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie können es sich natürlich leichtmachen und sagen: Das Ganze beruht nur darauf, daß die Regierung versagt hat, weil die Sozialdemokraten, wie Sie ja gerne betonen, nicht mit Geld umgehen könnten.

(Demonstrative Zustimmung durch die CDU!)

- Ja, ich weiß!

(Minister Dr. Posser)

- (A) Das ist leicht zu widerlegen. Herr Worms hat davon gesprochen, seit 20 Jahren gebe es einen Niedergang des Landes infolge der SPD-Regierung, und wir hätten ja jetzt eine riesige Verschuldung erreicht. Das letztere ist unbestritten: daß die Verschuldung sehr hoch ist. Niemand anders als der Finanzminister weist seit Jahren darauf hin. Allerdings übersehen Sie vollständig, daß die entscheidende Veränderung Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre begonnen hat. Man kann genau diese Zäsur erkennen.

(Dr. Linssen (CDU): Als Sie es mit dem Füllhorn ausgeschüttet haben!)

Noch 1980 lag Nordrhein-Westfalen, was die Pro-Kopf-Verschuldung der Bundesländer angeht, an zweiter Stelle hinter dem Freistaat Bayern, ohne - wie Bayern - gewaltige, viele Milliarden DM betragende Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen zu erhalten.

Das heißt: Nach vierzehnjähriger SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen haben wir diese günstige Position unter den Ländern gehabt. Ich werde Ihnen nachweisen, daß wir dieselbe günstige Position hätten, wenn das Land nicht unter Sonderlasten zu leiden hätte, die überhaupt unberücksichtigt bleiben.

(Zuruf von der CDU: Immer das alte Lied!)

- (B) Was sind denn die Gründe für die schwierige finanzielle Situation unseres Landes? Da ist einmal der schwere Einbruch auf der Einnahmenseite. Ich will noch einmal darauf hinweisen, daß ein Land ja keinerlei Einfluß auf die Einnahmesituation hat.

(Dr. Linssen (CDU): Das trifft doch die anderen Länder auch!)

- Ja, das gilt für andere Länder auch. Aber fünf der Länder, das heißt alle - -

(Abg. Schauerte (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Schauerte, ich möchte von der Möglichkeit Gebrauch machen, im Zusammenhang zu reden. Es wurden keine Zwischenfragen zugelassen. In diesem Punkt folge ich Herrn Kollegen Biedenkopf.

(Dr. Biedenkopf (CDU): Ich habe eine Zwischenfrage zugelassen!)

- Sie haben eine zugelassen?

(Zurufe von der CDU)

- Na, das werde ich ja sehen. Gut, dann mache ich das auch. (C)

(Zuruf des Abg. Dr. Biedenkopf (CDU))

- Herr Biedenkopf, das wird der einzige Anlaß zur Erheiterung sein, wenn man die Fakten hier gegenüberstellt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, haben Sie sich entschlossen?

(Minister Dr. Posser: Ja, bitte sehr!
- Zuruf von der CDU: Schon die Zwischenfragen haben Sie nach fünf Minuten vergessen!)

- Bitte schön, Herr Kollege Schauerte.

Schauerte*) (CDU): Herr Finanzminister, Sie haben gerade von der Einnahmenseite gesprochen, die dann so eingebrochen sei. Können Sie bestätigen, daß der einzig wirkliche Einbruch bei den Einnahmen im glorreichen Jahr 1981 der Regierung Schmidt war, als dieses Land tatsächlich 0,9 % weniger Steuern einnahm, was 900 Millionen DM weniger bedeutete, während wir im Jahr 1987, im jetzt zu diskutierenden Haushalt, mit Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden DM gleich 6,2 % rechnen?

(Aigner (SPD): Schlaumeier!)

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Kollege Schauerte, ich bin dabei zu erklären, was die Gründe für die schwierige finanzielle Lage des Landes sind. Da ist natürlich richtig, daß die weltweite Rezession, die 1979 begonnen hat, sich auch in den Steuereinnahmen niederschlagen hat, und zwar sowohl beim Bund als auch beim Land. Sie bringen immer vor, diese Rezession habe die Regierung Schmidt verschuldet - da muß man immer noch sagen: Schmidt/Genscher -, aber ein Blick in die anderen Industriestaaten lehrt, daß das ein weltweiter Vorgang war. Während bei uns die wirtschaftliche Entwicklung 1982 ein Minus in Höhe von 1,1 % aufwies, betrug sie zum Beispiel in den USA minus 2,2 %. Nun könnte ich - das will ich aus Zeitgründen nicht tun - einmal die Vergleiche ziehen. (D)

Entscheidend ist, daß im März 1980 für die Jahre 1981 bis 1984, also für vier Jahre, dem Lande in der regionalisierten Steuerschätzung mitgeteilt worden ist, man würde, addiert, einen Betrag x bekommen. Was wir aber in den vier Jahren tatsächlich in die Kasse bekommen haben, waren 27,6 Milliarden DM weniger an Steuereinnahmen, als uns die

(Minister Dr. Posser)

- (A) Sachverständigen im März 1980 angekündigt hatten.

Der zweite Grund, den Sie ja nicht gelten lassen wollen und über den wir uns gerade auch im nächsten Jahr intensiv unterhalten müssen, ist die Kohlelast, die wir haben. Ich habe mit großem Interesse gehört, daß Sie am Schluß Ihrer Rede gesagt haben, Herr Kollege Schauerte, die CDU-Fraktion sei bereit, mit der Landesregierung für eine angemessene Berücksichtigung einzutreten.

(Schauerte (CDU): Das habe ich zum dritten Mal erklärt!)

- Das ist ja das Traurige! Bisher ist nie etwas gekommen. Sie sagen das immer, und dann kommt nichts. Herr Schauerte, Sie hätten besser nicht den Zwischenruf gemacht!

(Beifall bei der SPD)

Ich bemühe mich seit Jahren, Sie haben alle Schriftsätze, die wir beim Verfassungsgericht eingereicht haben, und Sie schweigen. Ich unterrichte Sie über alle Dinge, wie wir das machen wollen. Ich kann ja verstehen, daß Sie im Augenblick dazu nicht bereit sind. Das verlange ich auch nicht. Dann lassen Sie uns das im nächsten Jahr machen! Das ist ja keine Wahlkampffrage. Das ist eine Sache, die das Verhältnis zwischen Bund und Land nicht erst seit der Regierung Kohl, sondern auch schon früher berührt. Deswegen hat das mit Wahlkampf nichts zu tun. Aber es ist eine Erklärung für die Last, die wir zu tragen haben.

(B)

Wenn Sie sich den Haushaltsentwurf, über den wir heute in dritter Lesung abschließend entscheiden, anschauen, dann stellen Sie fest, daß wir für die Kohle 1987 eine Rekordleistung erbringen werden, nämlich 1486,1 Millionen DM.

(Frau Friebe (SPD): Wir allein!)

Davon ist allein über 1 Milliarde DM für die Kokscohlenbeihilfe. Das heißt, das Land Nordrhein-Westfalen muß dafür aufkommen, daß es weltweite Verwerfungen etwa in der Parität zwischen amerikanischem Dollar und Deutscher Mark gibt. Darauf hat ein Land überhaupt keinen Einfluß. Wir haben keine Bundesbank, die das irgendwie mit Steuern könnte und die außerdem noch einen erklecklichen Bundesbandgewinn abwürfe. Wir müssen das aus Haushaltsmitteln tun.

(Dr. Linssen (CDU): Das haben die anderen Länder auch getan!)

(C) - Nein, kein einziges Land zahlt auch nur eine Mark für die Kohle. Warum wollen Sie das denn nicht einfach einmal anhören, Herr Linssen, welche Sonderlast wir tragen? Es gibt keine Sonderlast, die damit vergleichbar wäre.

(Evertz (CDU): Die einzige Sonderlast ist die Regierung Rau!)

Beim Verfassungsgericht haben wir ja versucht, Sonderlasten anderer Länder einmal zu erfahren.

Die deutsche Steinkohle bekommt seit 1961 öffentliche Hilfe, und zwar zunächst allein vom Bund. Das ist ja auch eine nationale, eine gesamtstaatliche Aufgabe. Seit 1966 wird Nordrhein-Westfalen aufgrund einer politischen Absprache aus dem Jahr 1965 mit einem Drittel beteiligt. Wir haben von 1966 bis 1987 aus dem Landeshaushalt 15,3 Milliarden DM für die Kohle gezahlt. Außer 1969, 1970 und 1973 haben wir es immer nur durch Kreditaufnahme leisten können.

Deshalb bleibt es richtig, wenn ich sage - obwohl Sie das einmal belächelt haben -: Man kann korrekterweise nicht nur diese Summe von 15,3 Milliarden DM in Rechnung stellen, sondern müßte auch das berücksichtigen, was an Zinsen und Zinseszinsen durch die Geldaufnahme auf dem Kreditmarkt hinzugekommen ist; dann sind es 28 Milliarden DM!

(D) (Zurufe von der CDU - Gegenrufe - Unruhe)

Nun wollen wir uns nicht etwa von der Leistung gegenüber der Kohle verabschieden; da würden Sie mich gründlich mißverstehen. Wir wollen vielmehr nur, daß da ein gerechter Maßstab angelegt wird.

Nun nehme ich einmal die Jahre von 1980 bis 1987, da waren es immerhin 8,5 Milliarden DM Haushaltsmittel. - Aber nun wird immer gesagt: Der Bund zahlt doch zwei Drittel.

(Dr. Linssen (CDU): Ja, richtig!)

- Ja, der Bund zahlt aber nicht zwei Drittel an Haushaltsmitteln. Der Bund hat von 1980 bis 1987 16,7 Milliarden DM gezahlt, aber er hat aus der Heizölsteuer in dieser Zeit ein Aufkommen von 6,8 Milliarden DM gehabt. Das bedeutet, er hat netto 9,9 Milliarden DM gezahlt.

(Dr. Linssen (CDU): Das müssen Sie aber doch berücksichtigen!)

(Minister Dr. Posser)

(A) - Ja, aber Herr Linssen, ich bin doch dabei, das darzustellen, was Sie offenbar einfach nicht erwähnen wollen: Was sind denn die Gründe für die schwierige finanzielle Lage, in der sich Nordrhein-Westfalen befindet? Dazu will ich Ihnen noch eine Zahl nennen: Bei der Kokskohle haben wir 1982 aus dem Landeshaushalt 245 Millionen DM gezahlt, im Jahre 1987 dagegen 1,019 Milliarden DM. Das ist mehr als das Vierfache von dem, was wir 1982 für die Kokskohle aufbringen mußten.

(Zurufe von der CDU - Anhaltende Unruhe)

Nun will ich Ihnen noch deutlicher machen, daß dies eine Sonderlast ist. Der Anteil der Ausgaben für Kohle an den Gesamtausgaben Nordrhein-Westfalens betrug 1985 1,5 %, 1986 1,8 %, und 1987 werden es 2,5 % sein. Der Anteil beim Bund betrug 1985 nach Abzug der Heizölsteuer 0,3 %, 1986 waren es 0,4 %, und 1987 werden es 0,7 % sein. Mit anderen Worten: Wir werden noch ganz anders belastet als der Bund, obwohl es sich dabei um eine gesamtstaatliche, nämlich um die nationale Aufgabe der Sicherung der Energieversorgung handelt.

Damit ist aber die schwere Benachteiligung Nordrhein-Westfalens keineswegs ausgeschöpft - im Gegenteil, es geht ja noch weiter! Sie wissen, daß die Veränderung von finanziellen Belastungen und Entlastungen zwischen dem Bund und der Ländergesamtheit immer durch die Umsatzsteuerverteilungen ausgeglichen wird, über die alle zwei bis drei Jahre verhandelt wird. Der Bund stellt seine Last für die Kohle der Ländergesamtheit in Rechnung.

(B)

(Anhaltende Unruhe, im wesentlichen bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der SPD: Seid doch mal ruhig!)

Das geht auch nicht anders; denn man kann ja nicht mit jedem einzelnen Land über seinen Anteil an der Umsatzsteuer reden. - Das bedeutet, die Kohlelast des Bundes ist, wenn man die Heizölsteuer im Aufkommen mitrechnet, geringer als beim Land Nordrhein-Westfalen, was die Haushaltsmittel betrifft.

(Widerspruch des Abg. Schauerte (CDU))

- Doch, sicher! Es hat Jahre gegeben - Herr Schauerte, Sie schütteln den Kopf -, da hat der Bund aus dem Aufkommen an Heizölsteuer mehr als dreimal soviel eingenommen, als er für die Kohle bezahlt hat!

(Schauerte (CDU): Dann hat das Land wohl überhaupt nichts gezahlt in diesen Jahren!)

- Doch, selbstverständlich. Ein Drittel haben wir gezahlt! (C)

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Und jetzt kommt der Punkt: Von der Kohlelast des Bundes, die der Ländergesamtheit in Rechnung gestellt wird - in der sogenannten Deckungsquotenberechnung -, zahlt Nordrhein-Westfalen noch einmal 28 %.

(Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD - Anhaltende Unruhe)

Wir zahlen also zweimal. - Und bei der Kohlelast Nordrhein-Westfalens - es sind 15,3 Milliarden DM, die wir an Haushaltsmittel aufgebracht haben -

(Aigner (SPD): Zuzüglich Zinsen!)

wird in der Deckungsquotenberechnung so verfahren, daß der Ländergesamtheit dies gutgeschrieben wird. Wir haben von 1978 bis 1987 im Durchschnitt über eine Milliarde DM je Jahr gezahlt. Im nächsten Jahr werden es fast 1,5 Milliarden DM sein.

Das führt dazu, daß die anderen Länder wegen der Tatsache, daß wir allein Milliardenbeträge aufbringen, einen Vorteil haben, denn als Rechengröße bekommen sie zum Beispiel, wenn nur eine Milliarde DM angerechnet wird, als Ländergesamtheit 500 Millionen DM rechnerisch - als eine unter vielen Rechnungsgrößen. Davon bekommt Nordrhein-Westfalen natürlich - von seiner eigenen Last - ein bißchen mit, nämlich die 28 %; das sind 140 Millionen. Aber 360 Millionen DM kommen den anderen Ländern zugute, weil wir allein die Last zu tragen haben. Ich glaube, man muß das hier noch einmal erwähnen.

(D)

(Aigner (SPD): Das ist es ja nicht allein!)

- Ja, es geht noch weiter! Dazu gehört auch, daß wir eine Konzentration von Industrien haben, die wenig ertragstark sind. Sie haben doch gelesen, was der Vorstandsvorsitzende von Thyssen für einen Vorwurf erhoben hat. - Nun mache ich der Bundesregierung nicht den Vorwurf, daß sie sich in Brüssel nicht durchsetzen kann.

(Zurufe von der CDU)

- Das tue ich nicht!

(Weiterhin anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Aber wenn es denn nun einmal so ist, dann muß doch vom Bund her ein Ausgleich erfol-

(Minister Dr. Posser)

- (A) gen, allerdings nicht dadurch, daß wir als Land wegen der Ertragsschwäche der meisten Unternehmen im Montanbereich entsprechend weniger Steuern erhalten.

Dann wird auch gesagt, wir hätten zu wenig zukunftssträchtige Industrien. - Das mag man ja sagen. Bloß, wir haben eine permanent zum Besseren gehende Entwicklung. Insbesondere will ich daran erinnern, daß sich die Japaner nirgendwo so interessiert ansiedeln und sie nirgendwo so intensiv investieren wie in Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte Ihnen einen weiteren Punkt nennen, was das Verhältnis der finanziellen Möglichkeiten beim Bund und beim Land angeht: Der Bund hat - und das muß man doch sehen; das wird meistens übersehen, wenn Sie argumentieren, meine Damen und Herren von der CDU - von 1983 bis 1986 einen Bundesbankgewinn von 48 Milliarden DM gehabt. Im nächsten Jahr sind es sieben Milliarden; die sind bereits sicher, weil sie in diesem Jahr als Gewinn bei der Bundesbank angefallen sind.

(Große Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn man das für 1986 - also für das laufende Jahr - einmal umrechnet - -

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, bitte einen Augenblick! Hier im Saal ist es so laut, daß unten nicht einmal die Glocke zu hören ist!

(B)

(Heiterkeit - Rohe (SPD): Das ist aber die andere Seite! - Gegenrufe von der CDU - Weitere Zurufe)

Dr. Posser, Finanzminister: Was das bedeutet, meine Damen und Herren: Wir hätten in diesem Jahr, in dem der Bund 12,5 Milliarden DM Bundesbankgewinne erhalten hat, gut 2,7 Milliarden DM ohne eine Gegenleistung im Landeshaushalt gehabt. So muß man das einmal sehen. Wir haben durch eine Sonderentwicklung bei den Steuereinnahmen eine knappe Milliarde DM mehr bekommen. Ob wir die in vollem Umfang behalten, wird sich erst im nächsten Jahr herausstellen. Aber stellen Sie sich einmal vor, was das heißt! Die knappe Milliarde hat uns schon ein bißchen bei der Kreditaufnahme geholfen, die für das nächste Jahr niedriger ist. Deshalb konnten wir den Zinsansatz senken. Aber es war nicht einmal eine Milliarde mehr. Stellen Sie sich vor, es wären 2,7 Milliarden DM, und zwar nicht nur in einem Jahr, sondern in all den Jahren gewesen! Von 1983 bis 1986 entspräche das einer Einnahme für das Land Nordrhein-

Westfalen von 11 Milliarden DM, der keine Aufgabe gegenübersteht. (C)

Das sind doch die Gründe, von denen Sie nie reden. Deshalb muß ich das zur Sprache bringen.

Nachdem ich die Zustandsbeschreibung einmal ein bißchen um die Gründe ergänzt habe, die dazu geführt haben, daß wir in dieser schwierigen Lage sind, muß ich ein paar Worte darauf verwenden, was wir getan haben. Haben wir denn wirklich die Flinte ins Korn geworfen? Haben wir uns denn wirklich mit einer Entwicklung, wie sie ohne unser Dazutun über uns gekommen ist, abgefunden?

Jetzt wende ich mich einmal besonders an die Kolleginnen und Kollegen der F.D.P.-Fraktion. Das erste, das man in einer Lage, in der man auf die Einnahmen keinen Einfluß hat, tun kann, ist, bei den Ausgaben gewaltig zu bremsen. Als wir gemeinsam in der Koalition waren, hatten wir immer sehr hübsche Zuwachsraten bei den Ist-Ausgaben des Landeshaushalts - 1979: 8,1 %, 1980: 11 %. Wir haben mit äußerster Kraft - und das war nicht leicht, weil Einschnitte dort erfolgen mußten, wo es uns wehgetan hat - die Zuwachsraten 1981 auf 4,9 % gedrückt. 1982 bis 1985, also in vier Jahren, hatten wir addiert einen Zuwachs von 6,2 %. Das ist mit weitem Abstand die geringste Steigerungsrate der Ausgaben, die ein Land oder auch der Bund erreicht hat.

Wir haben manches tun müssen, was wir nicht gern getan haben; das habe ich immer offen gesagt. Sie zitieren immer aus dem "Papier". Dann zitieren Sie das auch: Darin steht nämlich auch, daß wir manches haben streichen müssen, was wir aus politischer Überzeugung gerne fortgesetzt hätten. Dazu gehört die Verbundsatzsenkung. Meinen Sie, das wäre uns leichtgefallen? Wir haben das ohne Rücksicht auf Wahltermine getan. Wir haben es auch jetzt tun müssen, weil wir eben Handlungsspielraum brauchen. (D)

(Evertz (CDU): Das haben Sie jetzt zum erstenmal zugegeben!)

- Aber Herr Evertz, es ist doch nicht zu bestreiten, daß dies Zuweisungen des Landes sind, ob es nun der Anteil an der Grunderwerbsteuer ist, ob es im Steuerverbund oder außerhalb des Steuerverbundes ist. Wir bleiben in der Summe nicht, wie in der Presse behauptet wird, unter dem Beitrag des Jahres 1986 - es wird sogar behauptet, wir hätten eine halbe Milliarde DM gestrichen -, sondern wir geben 1987 sogar 43 Millionen DM mehr als 1986. Natürlich führt das in der Auswirkung zu unterschiedlicher Belastung. Das haben wir nicht gern getan.

(Minister Dr. Posser)

- (A) Im Hinblick auf den größten Brocken, die Personalkosten, haben wir wirklich eine große Anstrengung unternommen. Aber das alles ist doch bundesgesetzlich festgelegt. Was haben wir gemacht? Wir haben eine Initiative ergriffen, und zwar nicht erst nach dem Regierungswechsel in Bonn, sondern Anfang 1982. Wir haben dazu aufgefordert: Senkt mit einer strengen sozialen Komponente die Personalkosten dadurch, daß vom sogenannten dreizehnten Gehalt oder vom Weihnachtsgeld bis oben zu den Ministern und Staatssekretären ein Drittel entfällt. Das hätte eine Entlastung von 347 Millionen DM jährlich gebracht. Wir haben aber keine Mehrheit gefunden.

Wir haben die unpopulärsten Schritte unternommen, um unsere Ausgaben zu senken. Wir haben Haushaltsfinanzierungsgesetze vorgelegt. Meinen Sie, uns Sozialdemokraten hätte es Spaß gemacht, bei den Kindergärten, bei der Weiterbildung, bei Erholungsmaßnahmen zu kürzen, eine Beförderungssperre, eine Besetzungssperre einzuführen, Jubiläumszuwendungen zu senken, Kantinenzuschüsse zu streichen? Das alles vor Wahlen! Aber wir haben darauf vertraut - und wir haben zu Recht darauf vertraut! -, daß die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens weiß, daß wir dies nicht aufgrund irgendeiner ideologischen Einstellung, sondern aus Notwendigkeit heraus tun. Wenn man auf die eigenen Einnahmen keinen Einfluß hat, bleibt gar nichts anderes übrig.

- (B) Durch diese eigenen Anstrengungen haben wir folgendes erreicht: 1981 lag die Nettokreditaufnahme bei 10,1 Milliarden DM, 1982 bei 8,9 Milliarden DM, 1983 bei 7,6 Milliarden DM, 1984 bei 6,9 Milliarden DM. 1985 wuchs sie leider auf 7,215 Milliarden DM an. Der Grund ist leicht zu erklären: weil wir einen schweren Einbruch von rund einer halben Milliarde DM bei den Steuereinnahmen gehabt haben.

Jetzt will ich Ihnen etwas zu 1986 sagen. Wir rechnen 1986 - das Jahr ist noch nicht ganz zu Ende - mit einer Nettokreditaufnahme von etwa 6,3 Milliarden DM. Wir bleiben damit deutlich, um mehrere hundert Millionen DM, unter der Nettokreditermächtigung, die der Landtag der Landesregierung gegeben hat. Und diese 6,3 Milliarden DM - ich schätze diesen Betrag jetzt; er kann sich noch leicht, aber nicht erheblich verändern - sind die niedrigste Nettokreditaufnahme in Nordrhein-Westfalen seit 1979. Das zeigt doch, daß die Bemühungen, die großen Anstrengungen einen Erfolg gehabt haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Übrigens will ich bei der Gelegenheit eine bei der Beratung der Haushaltsrechnung 1983 offen gebliebene Frage gleich klarstellen. Herr Kollege Dautzenberg, Sie haben gemeint, wir hätten auch 1984 bei der Nettokreditaufnahme über der Nettokreditermächtigung gelegen. Das ist nicht richtig. Wir sind ganz deutlich, nämlich um 1,844 Milliarden DM, unter der Ermächtigung geblieben. Ich sage das, damit auch dies klargestellt ist.

Ich gehe nun auf die Vorschläge ein, die wir zum Teil jetzt von der F.D.P.-Fraktion - Stichwort: Entschuldungsgesetz -, teilweise früher von der CDU-Fraktion gehört haben, was man denn nun tun könnte oder, genauer, was die CDU-Fraktion täte, wenn sie die politische Verantwortung in unserem Land 1985 übernommen hätte.

Da gab es eine Pressekonferenz, die Herr Kollege Dr. Worms am 9. September 1983 nach einer zweitägigen Klausur gehalten hat, in der seine Fraktion Schwerpunkte der künftigen Regierungsarbeit für den Fall der Regierungsübernahme ausgearbeitet hat. Dabei sind auch einige Punkte zur Haushalts- und Finanzpolitik genannt worden. Ich habe mich damals gefreut, daß die CDU-Fraktion dazu einmal ihre Vorstellungen entwickelt. Ich halte diese Vorstellungen übrigens für vernünftig.

Nur, das Entscheidende ist: Wir haben genau das und noch mehr im Interesse des Landes getan. Die Alternative, die Sie genannt haben, haben wir also erfüllt; und wir haben sogar mehr getan. Das darf ich ja wohl sagen: Es war das, was nach zweitägiger Klausur nach Ihrer Beurteilung zu tun möglich war. Und dies ist erreicht.

Ich nenne kurz, was Sie gesagt haben, Herr Dr. Worms. Das erste ist: Die Neuverschuldung muß unter die Grenze des Art. 83 der Verfassung gedrückt werden, d.h. die Summe der Nettokredite darf nicht höher sein als die Summe der Investitionen. Das ist uns bis auf das Jahr 1985 gelungen. Nur damals haben wir wegen des Einbruchs bei den Steuern um eine halbe Milliarde dieses Ergebnis knapp verfehlt.

Zweitens haben Sie gefordert, die jährlich zu erwartenden Steuermehreinnahmen weitgehend für den Abbau des Defizites zu benutzen. Das tun wir.

Drittens haben Sie gesagt: Eine CDU-Landesregierung wird jährlich rund 1 Milliarde Neuverschuldung abbauen, wenn - wenn! - das Bruttosozialprodukt bis 1987 um nominal 6 % im Jahr - das waren damals die Zahlen des Finanzplanungsrates - steigt und die

(C)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Ausgabensteigerung nominell nicht über 3 % hinausgeht. Nun, das erste, worauf wir Einfluß hatten, nämlich die Begrenzung der Ausgabensteigerung, haben wir übererfüllt: 1983 waren es minus 1,1 %, 1984 1,7 %, 1985 3,7 %, 1986 werden es - das ist noch eine Schätzung; wir sind noch nicht ganz im Auslaufzeitraum -, sagen wir, 3,5 % sein. Für die vier Jahre zusammengerechnet ist das eine Steigerung der Ausgaben um 7,8 %. Wann Sie das durch 4 teilen, ist das eine jahresdurchschnittliche Steigerung von 1,95 %. Sie hatten gesagt: nicht über 3 %. Also: Da, wo wir handeln konnten, haben wir gehandelt, und zwar mehr, als Sie für möglich gehalten hatten.

(Beifall bei der SPD)

Für 1987 haben wir 3,6 % vorgesehen. Ich habe erklärt, daß man das wegen der Übernahme der Grunderwerbsteuer in den Steuerverbund berichtigen muß. Aber selbst wenn man dieses Jahr hinzunimmt, so daß es fünf Jahre sind, ist das eine Steigerung in fünf Jahren um 11,4 % oder, geteilt durch 5, jährlich 2,28 %. Sie finden kein Land - ebensowenig wie den Bund -, das eine auch nur annähernd vergleichbar geringe Ausgabensteigerung hat.

Handlungsfähigkeit, sagen Sie, sei nicht vorhanden: Das ist Handlungsfähigkeit in schweren Zeiten!

(Beifall bei der SPD)

(B)

Nur, Herr Kollege Dr. Worms: Die von Ihnen angegebene, damals auf die Zahlen des Finanzplanungsrates ganz korrekt gestützte Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts um nominal 6 % im Jahresdurchschnitt bis 1987 ist nicht eingetreten. Wir hatten seitdem, seit 1983, in jedem Jahr weniger als 5 %. Das ist kein Vorwurf; denn Sie haben sich an den Finanzplanungsrat gehalten. Ich hatte ja dieselbe Annahme. Immerhin: Da, wo wir keinen Einfluß haben, sind wir in unserer Hoffnung leider nicht bestätigt worden.

(Dautzenberg (CDU): Immer sind die anderen schuld!)

- Wälzen Sie es doch nicht immer auf die anderen! Machen Sie es doch nicht so billig, Herr Dautzenberg! Ich rede doch nicht von den anderen. Ich rede von der objektiven Steigerung des Bruttosozialprodukts. Ich habe doch überhaupt keine Schuldzuweisung vorgenommen. Ich bringe immer Tatsachen.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

- Ja, ja, ja; sicher; ja, ja!

(C)

(Beifall bei der SPD - Evertz (CDU): 100 Milliarden Schulden, das sind Tatsachen! - Weitere Zurufe von CDU und von F.D.P.)

Die tatsächliche Steigerungsrate des nominalen Bruttosozialprodukts war in jedem Jahr nicht 6, sondern jeweils unter 5 %. Wenn sie 6 % betragen hätte, wie Sie damals begründet angenommen haben, wäre die Nettoneuverschuldung in Nordrhein-Westfalen noch viel deutlicher gesunken.

Ich sage also ausdrücklich: Die Vorschläge und Ankündigungen der CDU-Fraktion waren damals sehr vernünftig und wirklichkeitsnah.

(Hört, hört! bei der CDU)

- Ja: Hört, hört! Und jetzt füge ich hinzu: Wir haben mehr getan, als die CDU-Landtagsfraktion in der Vorbereitung der Landtagswahl für ihr Programm zu erreichen überhaupt für möglich gehalten hat.

(Beifall bei der SPD - Dautzenberg (CDU): Sie nehmen es den Gemeinden eben weg! - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

Jetzt komme ich in dem Zusammenhang auf den Vorschlag der F.D.P.-Fraktion: Entschuldungsgesetz. Ich sage Ihnen kurz noch einmal, warum ich einen Vorstoß, den ich - das sage ich auch hier im Plenum - vom Grundgedanken her begrüße, nicht für realisierbar halte.

(D)

Das erste ist die sogenannte Entschuldungsstaffel. Da werden ganz bestimmte Daten Jahr für Jahr genannt.

Ich glaube, daß wir im Jahre 1987 bei aller Anstrengung nicht auf den Betrag gekommen wären: nämlich, die Nettokreditermächtigung um weitere zwei Milliarden DM zu senken. Das ist nicht erreichbar. Es hat keinen Zweck, daß wir hier solche Daten einsetzen, von denen man schon zu Beginn weiß, daß sie nicht zu erreichen sind. Da sind die Daten von Herrn Worms sehr viel realistischer gewesen. Bloß, die Prämisse ist nicht eingetreten. Dafür kann er nichts, dafür können wir natürlich auch nichts. Und trotzdem haben wir diesen Erfolg gehabt!

Ich will Ihnen sagen, warum das mit der Entschuldungsstaffel nicht funktionieren kann. Wir haben auf eine der beiden Seiten unseres Haushalts keinen unmittelbaren Einfluß. Das heißt, wir wissen nicht, wie sich

(Minister Dr. Posser)

- (A) die Finaufnahmeentwicklung darstellen wird. Wenn ich eine von zwei Seiten nicht beeinflussen kann, kann ich doch nicht sagen: Das Ergebnis muß sein, diese Entschuldungsdaten zu erreichen. - Das ist nicht hinzubekommen, vor allem nicht so schnell. Wir sind ja nachher, in den Auslaufjahren, gar nicht mehr so weit auseinander. Wenn wir im nächsten Jahr die 5,6 Milliarden DM an Nettokreditaufnahme nicht überschreiten, dann haben wir schon ein sehr ehrgeiziges Ziel erreicht. Ich glaube, daß wir trotz der Risiken, die Herr Kollege Biedenkopf mit 1,3 Milliarden DM beziffert hat, im Haushaltsvollzug unser Ziel erreichen werden.

Nun möchte ich Ihnen noch kurz sagen, warum wir den zweiten Teil des Entschuldungsgesetzes der F.D.P.-Fraktion nicht mittragen können. Der Übergang zum Ist-Abschluß ist ein interessanter Gedanke. Ich verhehle nicht, daß er auch in der Landesregierung und in der SPD-Landtagsfraktion erörtert wird.

(Aigner (SPD): Er ist so neu auch nicht!)

Nur, Sie fordern den Übergang zum 01.01.1987. Das ist nicht möglich. Sie haben außerdem gemeint, der Übergang zum sogenannten Ist-Abschluß erbringe eine Einsparung von mindestens 1,14 Milliarden DM. Das hat auch die CDU-Fraktion in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 11. Dezember dieses Jahres bezweifelt. Ich glaube, daß Sie einem Funktionsmechanismus ein Gewicht beilegen, das dieser Mechanismus nicht haben kann.

(B)

Ich will Ihnen das kurz verdeutlichen. Der entscheidende Unterschied zwischen dem rechnungsmäßigen, bei uns praktizierten Soll-Abschluß und dem von der F.D.P.-Landtagsfraktion vorgeschlagenen Ist-Abschluß - d.h. ein kassenmäßiger Abschluß - liegt darin: Beim Soll-Abschluß, wie wir ihn jetzt praktizieren, werden mit den Ausgaberechten die Deckungsmittel in das neue Haushaltsjahr übertragen. Wenn aber, wie Sie vorschlagen, kassenmäßig und nicht mehr rechnungsmäßig abgeschlossen wird, dann müssen Sie für alle übertragenen Ausgaberechte Deckungsmittel veranschlagen. Deshalb könnte ich es mir einfach machen und fragen - ich will aber jeden polemischen Ton vermeiden -: An wieviel 100 Millionen DM haben Sie denn gedacht, um die wir die 5,6 Milliarden DM Nettokreditermächtigung aufstocken müssen? Und wie hoch schätzen Sie denn die Ende 1986 verbleibenden Ausgaberechte ein, die nach der Landeshaushaltsordnung übertragen werden müssen und für die Sie Deckungsmittel benötigen?

(C) Wir müssen ja einen Teil der Ausgaberechte übertragen: die sogenannten gebundenen Reste, bei denen das Land im weitesten Sinne im Obligo steht, wo gesetzliche oder vertragliche Bindungen bestehen, wo Bewilligungsbescheide ergangen oder Auftragsvergaben erfolgt sind auf der Grundlage parlamentarisch bewilligter Verpflichtungsermächtigungen.

Also: Der Übergang zum Soll- zum Ist-Abschluß bedarf, wenn man diesen Weg gehen will, sorgfältiger Vorbereitungen, damit sich alle Beteiligten - Regierung, Verwaltung, parlamentarische Gremien - auf die neue Lage einstellen können. Eine plausible Erklärung, verehrter Herr Kollege Dorn, wie eine bloße Änderung der Haushaltstechnik einen Milliarden-Einsparungseffekt mit sich bringen könnte, habe ich allerdings nicht gehört. Aber ich erkläre mich zu weiteren Diskussionen gerne bereit.

Nun noch ein paar Bemerkungen zu Äußerungen von Herrn Schauerte!

Er hat gesagt, die Personalkostenquote - einschließlich der Personalkosten der Landschaftsverbände, die für einen realistischen Ländervergleich hinzuzurechnen sind - sei mit über 43 % die höchste im Vergleich der Flächenländer mit nach wie vor steigender Tendenz. Das ist falsch! Auch wenn man die Landschaftsverbände mit den Etats, wie sie für 1987 vorgesehen sind, einbezieht - es sind insgesamt 867 Millionen DM Personalaufwand bei den Landschaftsverbänden -, wenn man sie einmal voll einbezieht, was ja nicht richtig ist, weil die Landschaftsverbände auch überkommunale Aufgaben und nicht nur Landesaufgaben leisten, bleiben wir bei 40,7 %!

(D)

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- Ja, wir können die Zahlen vergleichen, Herr Schauerte; dann werden Sie ganz überrascht sein, was die richtigen Zahlen sind. - Der Bund der Steuerzahler hat genau das auch errechnet: daß wir günstig, in der Spitzengruppe, dastehen.

Jetzt zur Investitionsquote! Da haben Sie, Herr Schauerte, gesagt, das mit der Investitionsquote sei ganz traurig; da wären wir am Ende.

(Dr. Linssen (CDU): Ja, sie geht um ein Drittel herunter!)

Da wird ein kleiner Trick angewandt, der ist Ihnen vielleicht nicht aufgefallen. Sie nennen unsere Investitionsquote des Jahres 1987; die

(Minister Dr. Posser)

- (A) Investitionsquoten der anderen Länder haben Sie aber nicht.

(Schauerte (CDU): Doch!)

Es haben nämlich noch gar nicht alle Länder ihre Investitionsquote festgelegt.

(Schauerte (CDU): Sehen Sie nach, was die in ihren Plänen stehen haben!)

- Na gut. Dann müßten Sie ja doch eigentlich sehen, daß es da auch Abstriche gibt.

(Schauerte (CDU): Die erhöhen!)

Abstriche gibt es nicht nur bei uns, sondern auch bei anderen, wenn auch nicht bei allen.

Jetzt will ich Ihnen die beiden entscheidenden Gründe nennen, weshalb wir in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr eine in der Tat niedrigere Investitionsquote haben. Das können wir wieder ändern: Ich werde Ihnen, was den zweiten Grund angeht, gerne Vorschläge für den Haushalt 1988 unterbreiten.

Der erste Grund, weshalb wir - gemessen an früheren Jahren - eine relativ niedrige Investitionsquote im Haushalt 1987 haben, ist der Verzicht auf die Wohnungsneubauförderung aus Haushaltsmitteln und ihre Finanzierung aus Rückflüssen des Wohnungsbauvermögens des Landes und komplementärer Bundesmittel. Dieser Investitionsausgabebetrag steht nicht mehr im Landeshaushalt.

(B)

Der zweite Grund, der noch wichtiger ist: Wir haben auf Bitten der kommunalen Spitzenverbände und der Städte und Gemeinden eine Umschichtung der Zuweisungen an die Gemeinden zugunsten der Schlüsselzuweisungen vorgenommen.

In den Jahren 1970 bis 1980 haben wir ein durchschnittliches Verhältnis von Schlüsselzuweisungen zu Zweckzuweisungen von 76,5 : 23,5 % gehabt. Wir hatten im letzten Jahr schon 83,7 und haben jetzt für 1987 83,6 % Schlüsselzuweisungen. Wenn ich die Aufteilung der allgemeinen Finanzzuweisungen zu den Zweckzuweisungen auf den Durchschnitt der 70er Jahre bringe, erhöht allein diese Umschichtung die Investitionsquote um 1,1 Prozentpunkte. Dann sieht also Ihr Bild über die Investitionsquote schon entscheidend anders aus.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Minister Dr. Posser: Ja, bitte sehr, es verzögert nur die Zeit.)

- Bitte schön!

(C) Schauerte*) (CDU): Herr Finanzminister, können Sie bestätigen, daß diese Umschichtung nicht erforderlich gewesen wäre, wenn Sie den Gemeinden die Grunderwerbsteuer belassen hätten?

(Beifall bei der CDU)

Dr. Posser, Finanzminister: Aber, Herr Schauerte, der Grunderwerbsteueranteil von 9/14 bei den Gemeinden wird ab 1987 in die Verbundmasse mit dem Anteil 5/14 des Landes einbezogen. Dieser Vorgang vollzieht sich schon seit 1981.

(Widerspruch des Abg. Schauerte (CDU) - Aigner (SPD): Der begreift doch nichts.)

- Selbstverständlich! Ich habe Ihnen gesagt, das Verhältnis haben wir auf Bitten der kommunalen Spitzenverbände zugunsten der Schlüsselzuweisungen verändert und dadurch die Zweckzuweisungen, die ja investive Ausgaben sind, auf Rechnung des Landes ermäßigt. Das ist ein Punkt, den Sie dauernd übersehen.

Jetzt lassen Sie mich zum Schluß kommen.

(Kuhl (F.D.P.): Gott sei Dank!)

- Erst beklagen Sie, sogar im Ausschuß, daß ich in der zweiten Lesung nicht geredet habe - -

(D) (Schauerte (CDU): Da hätte es auch hingehört.)

- Nein, da hätte es nicht hingehört. Da haben wir darüber überhaupt nicht gesprochen.

(Hardt (CDU): Da gehörte diese Rede hin, jawohl.)

- Wollten Sie noch länger als bis 22.00 Uhr hierbleiben?

Ich sage ja immer etwas zum Haushaltsvollzug des jeweils laufenden Jahres. Da haben Sie, Herr Schauerte, einige Ankündigungen gemacht, was denn da wohl in 1986 werde. Erstens haben Sie am 4. März 1986 gesagt - zur zweiten Lesung ist ein Änderungsantrag Ihrer Fraktion vorgelegt worden -: Die Steuereinnahmen sollen aufgrund der Schätzung vom November 1985 um 303 Millionen DM angehoben werden; denn die wären mit Sicherheit zu erreichen.

Sie haben einen zweiten Änderungsantrag gebracht: Die Zinsen für Kapitalmarktmittel

(Minister Dr. Posser)

- (A) sollen um 300 Millionen DM gekürzt werden; denn das sei auch ziemlich sicher zu erreichen.

Sie haben dafür allerdings nur in Höhe von 250 Millionen DM eine Absenkung der Nettokreditermächtigung vorgeschlagen, sondern wollten 1 500 Stellen mehr für Lehrer, Sie wollten die Stiftung "Mutter und Kind", Sie wollten 1 Milliarde DM Volumen im Krankenhausbereich bewegen. Also, Sie hatten ganz hübsche Ausgabensteigerungen für den Betrag.

(Widerspruch des Abg. Schauerte (CDU))

Und nun will ich Ihnen einmal sagen, wie das zu Ende gegangen ist. Wir werden in diesem Jahr in der Tat einen Mehrbetrag bei den Steuereinnahmen haben.

(Schauerte (CDU): Aha! Von 1 Milliarde DM!)

- Nein, so hoch wird er nicht sein.

(Schauerte (CDU): Passen Sie mal auf! Ich wollte nur 300 Millionen DM mehr.)

Wir hätten gegenüber dem Ansatz, den wir nach Ihrer Meinung um 303 Millionen DM zu niedrig veranschlagt hatten, ein Minus, wenn wir nicht die Sonderbewegung in Höhe von 950 Millionen DM gehabt hätten. Das wird das Ergebnis sein.

(B)

Also: Ohne den Sondereinfluß, den man im November 1985 bei der Steuerschätzung gar nicht kennen konnte, wären wir ganz erheblich unter dem Ansatz geblieben, und es wäre noch um 303 Millionen DM schlimmer geworden, wenn wir Ihrer Anregung gefolgt wären.

(Hört, hört! bei der SPD)

Und davon wäre noch der höhere Betrag weggegangen.

Bei den Zinsen für Kapitalmarktmittel werden wir auch nicht annähernd 300 Millionen DM einsparen können. Nicht annähernd!

Nun ein letztes! Sie, Herr Schauerte, haben am 13. März dieses Jahres - das ist ja noch nicht so lange her - hier im Plenum gesagt - jetzt zitiere ich Sie einmal -:

Der Ministerpräsident dieses Landes geht mit einem Haushalt 1986 in den Bundestagswahlkampf, der zwangsläufig wieder verfassungswidrig sein wird. Ganz einfache Kiste!

Na, so einfach war die Kiste nicht, wie Sie es meinten. (C)

(Schauerte (CDU): Haben Sie die Schlußabrechnung schon?)

- Nein, mein Herr, ich habe Ihr Zitat. Das haben Sie gesagt: "Ganz einfache Kiste!" So einfach war die Kiste nicht.

(Schauerte (CDU): Na ja, warten Sie doch erst einmal ab.)

Ich kann Ihnen, obwohl ich das Endergebnis noch nicht habe

(Schauerte (CDU): Aha!)

- Moment! -, sagen: Es wird die von der Landesverfassung vorgesehene Grenze des Artikels 83 1986 unterschritten werden.

(Schauerte (CDU): Gott sei Dank!)

Einige Sätze weiter haben Sie gesagt, Herr Schauerte, ebenfalls in der Rede am 13. März: Der Landeshaushalt

wird verfassungswidrig sein, ob Sie ihn vorher geschönt haben oder nicht. Wir werden dies rechtzeitig vor der Bundestagswahl feststellen.

Eine solche Feststellung haben Sie jetzt richtigerweise nicht erklärt.

(Schauerte (CDU): 1 Milliarde DM Steuern mehr!) (D)

- Sehen Sie, Sie sind zwar der Haushalts Sprecher, Herr Kollege Schauerte

(Westermann (SPD): Aber kein Experte!)

- ich will ja versöhnlich reden -, Sie sind zwar der Haushaltssprecher, aber Sie sind noch nicht Haushaltsexperte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Paus (CDU): Da gibt es aber nur bei Ihnen Zweifel. - Weitere zahlreiche Zurufe von der CDU - Unruhe)

- Ist das denn Polemik, wenn ich sage, er sei noch kein Experte? Ich habe ja nicht gesagt, er sei dumm; ich habe ja nicht gesagt, er sei töricht, sondern ich habe nur gesagt: Er ist der Haushaltssprecher; aber er ist noch nicht Haushaltsexperte. Das ist doch keine Polemik. Na, hören Sie mal, was ich sonst hier höre!

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Aber das kann ja noch werden. Nur habe ich den Eindruck, auf dem Wege dahin haben Sie bei Ihren Ausführungen zum Haushalt jetzt einen leichten Rückschlag hinnehmen müssen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Unser Land steht vor gewaltigen Aufgaben.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Posdorf?

(Minister Dr. Posser: Es geht alles von der Zeit ab. Bitte!)

- Bitte schön!

Dr. Posdorf* (CDU): Herr Minister, würden Sie mir recht geben, wenn ich Sie frage, ob Sie möglicherweise der Finanzminister sind, aber nicht unbedingt Finanzexperte?

(Buh-Rufe von der SPD - Hellwig (SPD): Und so etwas wie Herrn Posdorf haben wir zum Professor gemacht.)

- (B) Dr. Posser, Finanzminister: Herr Posdorf, ich will mich hier selber nicht bewerten. Vielleicht paßt es in diese jahreszeitliche Stimmung, wenn ich sage: Ich war, als ich das Amt übernommen habe, auch kein Finanzexperte. Aber wenn Sie etwas über mich wissen wollen, Herr Posdorf, dann fragen Sie mal die anderen Finanzminister der Bundesländer, ob sie den jetzt fast neun Jahre amtierenden Vorsitzenden des Finanzausschusses des Bundesrates für einen Finanzexperten halten oder nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluß aufgreifen, daß unser Land vor gewaltigen Aufgaben steht - das ist nicht zu bestreiten -, und die müssen wir auch meistern.

Nach der Wahl wird ein gewichtiger Punkt die Verbesserung der Stellung des Landes im bundesstaatlichen Finanzausgleichssystem sein.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Dazu haben Sie gesprochen. Ich freue mich, daß wir darüber wohl im Grundsatz schon Einvernehmen haben. Darum müssen wir gemeinsam sehr kämpfen. Die CDU-Landtagsfraktion hat im Herbst 1980 einen Antrag gestellt, daß der Bund die gesamte Kohlelast übernimmt und daß wir dann als Ländergesamt alle an der Deckungsquotenberechnung

- (C) mittragen. Wie die funktioniert, habe ich ja schon gesagt.

(Weiss (CDU): Hessen!)

Wir haben ja auch - Herr Weiss, ich wollte Sie gerade loben - das bei der alten Regierung versucht. Deshalb hat das nämlich mit der neuen Bundesregierung gar nichts zu tun. Wir haben es versucht, und daraufhin hat uns der damalige Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff geschrieben: Nein, das macht der Bund nicht, aber ihr solltet euch an die anderen Bundesländer wenden, die das berücksichtigen und euch helfen müssen.

Das haben wir auch versucht. Wir haben schließlich sogar einen Prozeß in Karlsruhe dazu geführt. Das Bundesverfassungsgericht hat dann gesagt, Sonderlasten könnten bei den Bundesergänzungszuweisungen - nicht im Länderfinanzausgleich - angerechnet werden. Ich sehe aber, wie die anderen Länder zittern, weil sie sagen, das Volumen über Bundesergänzungszuweisungen betrage 1,7 Milliarden DM, und nun melde Nordrhein-Westfalen fast 1,5 Milliarden DM zur Berücksichtigung an. Das verstehe ich auch.

Nur, wir können auf die Dauer nicht vom Bund an die Ländergesamttheit und von der Ländergesamttheit an den Bund verwiesen werden. Jetzt muß einmal Klarheit geschaffen werden; denn dies ist ein Brocken, den wir nicht allein verkraften können.

(Zustimmung bei der SPD - Unruhe)

(D)

Lassen Sie mich schließen mit einem Dank an alle diejenigen, die mitgearbeitet haben, daß wir nun dieses umfangreiche Werk mit über 10 000 Einzeltiteln fertigbekommen haben. Ich danke der SPD-Fraktion für alle Unterstützung, die nicht leicht war und die lange Diskussionen erfordert hat. Ich danke den Kollegen im Kabinett, die auch viel unter dem Finanzminister geseufzt haben.

(Elfring (CDU): Dem scheidenden Ministerpräsidenten!)

Und ich danke dem Haushalts- und Finanzausschuß unter seinem Vorsitzenden Weiss, der auch mit allen Kolleginnen und Kollegen in angestrengten Beratungen überlegt hat, was man noch tun kann.

Es lohnt sich, für unser Land Nordrhein-Westfalen und seine Zukunft gemeinsam zu kämpfen!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

(A) Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung in der dritten Lesung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, und ich empfehle, etwas leiser zu sein, damit Sie auch genau hören, worüber wir abstimmen, und damit Sie auch richtig abstimmen.

(Maedje (SPD): Ja!)

Zunächst stimmen wir über das Gemeindefinanzierungsgesetz 1987 ab. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/1580 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe, bitte! - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. verabschiedet.

(Schauerte (CDU): Vorfahrt für die Unvernunft!)

Wir kommen zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 1987. Wer dem Gesetzentwurf und damit dem Haushaltsplan entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/1578 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung ebenfalls mit der gleichen Mehrheit verabschiedet.

(B)

Ich rufe nun die Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1986 bis 1990 auf. Entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/1579 bitte ich um Kenntnisnahme. - Ich stelle diese fest, meine Damen und Herren.

Abschließend lasse ich nun über die vorliegenden Entschließungsanträge zum Haushalt abstimmen.

Drucksache 10/1557 - ein Antrag der SPD-Fraktion zu CFG und Haushaltsgesetz. Wer diesem Antrag der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Drucksache 10/1594 - ein Antrag der CDU-Fraktion zum CFG. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD abgelehnt worden.

Drucksache 10/1604 - Antrag der F.D.P.-Fraktion ebenfalls zum Gemeindefinanzierungsgesetz. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? -

(C)

(Zuruf von der SPD: Ja, die ganze CDU!)

Dann ist der Antrag mit den Stimmen der SPD - bei der CDU war das unterschiedlich: einige Enthaltungen - -

(Zurufe und Gegenrufe aus dem ganzen Hause)

- Aber der Antrag ist abgelehnt.

(Weitere Zu- und Gegenrufe aus dem ganzen Hause)

Drucksache 10/1595 - Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Stichwort: Polizei

Wer diesem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt worden.

(Zuruf von der CDU: Keine Chance für Vernunft!)

Drucksache 10/1596 - Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Stichwort: Rechtspflege und Strafvollzug

(D)

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Drucksache 10/1597 - Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Stichwort: Wissenschaft und Forschung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD- bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Drucksache 10/1598 - Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Stichwort: Umweltpolitik

(Schauerte (CDU) - mit auffordernder Handbewegung in Richtung des Herrn Ministers -: Herr Matthiesen!)

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Wer diesem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD- bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Drucksache 10/1599 - Entschließungsantrag der Fraktion der CDU,
Stichwort: Stadtentwicklung

Wer diesem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich danke Ihnen und bitte um die Gegenprobe. - Danke schön. Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD- bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Drucksache 10/1600 - Entschließungsantrag der Fraktion der CDU,
Stichwort: Verkehr

Wer diesem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Wer ist dagegen? - Danke sehr. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

(Schauerte (CDU): Das ist die Abstimmungsguillotine!)

Damit sind die Beratungen zum Haushalt 1987 beendet, und zugleich ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Fragestunde

Drucksache 10/1574

Mit dieser Drucksache liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 105 und 106 vor.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 105

des Herrn Abg. Neuhaus von der Fraktion der CDU auf:

Forst-Genbank Schweinshude

Die Westfälische Rundschau hat in ihrer Ausgabe vom 6. Dezember dieses Jahres berichtet, daß die Baumaßnahme für die Forst-Genbank am Standort Schweinshude gescheitert ist. Die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der unteren und

höheren Landschaftsbehörde sowie der Naturschutzverbände vor Genehmigung der Baumaßnahme ist nicht erfolgt. Einer der wesentlichen Kritikpunkte ist, daß das Gebäude bis dicht an den Hochwald geplant ist. (C)

Aus diesen Gründen mußte der Minister laut Presseberichterstattung den ersten Spatenstich des 750 000-DM-Projektes kurzfristig absagen.

Treffen diese Berichte zu, und was hat den Minister bewogen, außerhalb der gesetzlichen Vorschriften die Durchsetzung des Standortes zu versuchen?

(Die meisten Abgeordneten verlassen den Plenarsaal. - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt den Plenarsaal verlassen, dann tun Sie es bitte so leise, daß wir nun die Antwort des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft verstehen können! Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort!

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Errichtung des Gebäudes für die Forst-Genbank Nordrhein-Westfalen war auf einem landeseigenen Grundstück vorgesehen. Das zuständige Staatshochbauamt Soest hat im Mai 1986 eine Bauvorfrage gestellt und daraufhin von der Stadt Arnsberg eine zustimmende Antwort erhalten. Für Bauvorhaben des Landes Nordrhein-Westfalen bedarf die Planung neben der Anhörung der Stadt der Zustimmung des Regierungspräsidenten gemäß Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen. Erst im Zuge dieses Zustimmungsverfahrens wurde festgestellt, daß die höhere Landschaftsbehörde beim Regierungspräsidenten Arnsberg gegen den von der Landesforstverwaltung und der Staatshochbauverwaltung ausgewählten Standort Bedenken geltend machte. (D)

Am 12. Dezember 1986 wurde in der Nähe des ursprünglich vorgesehenen Standortes unweit des Forstamtes Obereimer von der Landesforstverwaltung zusammen mit allen zu beteiligenden Dezernaten des Regierungspräsidenten Arnsberg einvernehmlich ein neuer Standort für die Forst-Genbank festgelegt. Die Zustimmung der Stadt Arnsberg zu diesem neuen Standort ist inzwischen erfolgt.

Frau Vizepräsident Friebe: Ich danke dem Herrn Minister. Damit ist die Mündliche Anfrage 105 erledigt.